

Wir haben unsere eigenen Leute erreicht, und wir haben erreicht, dass die Öffentlichkeit unsere Probleme wahrnimmt. Wir werden heute noch abgeschlachtet, vertrieben, ausgelöscht. Sie wollen uns einfach loswerden. Aber wir bleiben, leisten Widerstand und verteidigen unser Land, unser Wasser, unsere Wälder, nicht nur für uns, sondern für alle Menschen.

„Wir wollen über das Unmögliche reden, über alles, was möglich ist, wird schon zu viel geredet“, heißt es auf der Ankündigung zu einem eurer Treffen. Dann lass uns über das Unmögliche reden. Im März 2001 bist du mit Comandanta Esther von der EZLN vor dem Kongress der Union als Vertreterin der indigenen Frauen aufgetreten. Hastest du da das Gefühl, dass ihr gehört werdet, dass ihr mit diesem Auftritt irgendwas bewegt?

Wir waren damals mit einer Minimalforderung angetreten. Wir wollten erreichen, dass unsere kollektiven Rechte als Völker anerkannt werden. Das hat nicht funktioniert. Sie haben ein anderes Gesetz verabschiedet, nicht das, das die Kommission für Eintracht und Friedensstiftung COCOPA ausgearbeitet hatte. Wahrscheinlich hatten sie die Vertreibung, die heute stattfindet, damals schon beschlossen. Unser Gesetz hätte uns das Recht auf das Land, die Wälder, das Wasser zugesprochen. Es bestand kein Interesse daran, die indigenen Völker als Rechtssubjekte wahrzunehmen. Und an diesem Punkt endet dann auch unser Versuch, mit dem Staat zusammenzuarbeiten. Deshalb haben wir beschlossen, die innere Autonomie der Völker zu stärken. Unser Gesetz ist das Abkommen von San Andrés, das COCOPA-Gesetz.

Die zapatistische Bewegung ist vielleicht ein ganz gutes Beispiel für das Unmögliche, dass sich in eine von links unten gestaltete Realität verwandelt. Obwohl ich den Eindruck haben, dass sie immer stärker isoliert sind.

Isoliert? Überhaupt nicht. Sie sind ein Teil des CNI, aber sie können nicht immer zu unseren Versammlungen kommen, weil sie ihre Gebiete nicht verlassen können. In ihrem letzten Kommuniqué haben sie die Gründung weiterer Caracoles (zapatistische Verwaltungszentren) angekündigt, und sie arbeiten auf jeden Fall weiter und stärken ihre Autonomie. Nicht alle Dinge sind geeignet, um sofort damit an die Öffentlichkeit zu gehen, sondern es geht erstmal auch darum, die Strukturen von unten her aufzubauen. Im Vorfeld der Kandidatur sind wir die fünf zapatistischen Verwaltungszentren abgelaufen und haben dabei tausende Frauen getroffen, die alles organisiert haben. Also, das ist keine Bewegung, der es an Zulauf fehlt, und was sie geschafft hat, war für alle mexikanischen Völker eine Überraschung, denn sie haben uns gezeigt, dass wir sehr wohl die Mittel haben, um etwas zu tun.

Du hast die zapatistischen Frauen erwähnt. Dass du zu den Präsidentschaftswahlen angetreten bist, wurde breit kritisiert – weil du eine Frau bist, nicht die entsprechende Bildung hast und keine Schulabschlüsse oder akademische Titel vorweisen kannst.

Das stimmt, aber ich fand, das passt zu einer Gesellschaft, die die Aufgabe der Frau auf das Kinderkriegen und die Fürsorge für den Ehemann und den Haushalt beschränkt. Trotzdem habe ich den Rückhalt der Völker gespürt und da war mir die Kritik egal. Ich dachte: „Ich trage eine große Verantwortung, und der

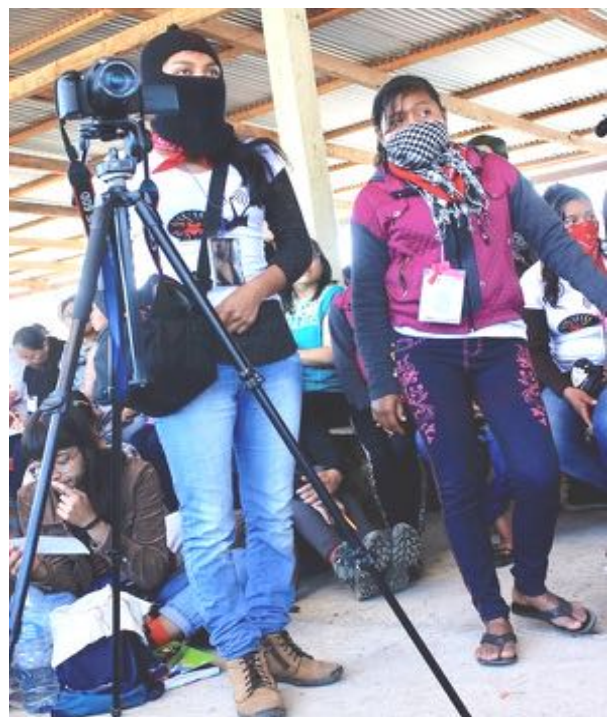
will ich gerecht werden“. Manchmal denken sogar die Frauen von uns in die falsche Richtung. Es muss noch viel Bewusstseinsarbeit geleistet werden, damit alle Frauen verstehen, dass das, was man uns eingeimpft hat, dazu dient, das Patriarchat zu erhalten. Eine Frau für die Kandidatur ins Rennen zu schicken, war daher auch eine bewusste Entscheidung, um zu zeigen, dass Frauen sehr wohl mitmachen können und müssen. Wenn es nur Männer sind, die etwas von unten aufbauen, dann ist unser Kampf nicht vollständig. Und dann wiederholen sich auch die immer gleichen Fehler.

Du warst schon immer ein rebellischer Mensch. In deiner Gemeinde warst du die einzige Frau, die beim Tanz der Sonajeros mitgemacht hat, den eigentlich nur die Männer tanzen.

Ja vielleicht, keine Ahnung. Als ich klein war, hat mein Großvater immer gesagt, dass wir uns nicht klein fühlen müssten vor den Mächtigen. Gleichzeitig war ich mir auch darüber bewusst, wie arm meine Familie war. Wir waren elf, und es gab nicht genug zu essen für alle, obwohl wir alle hart gearbeitet haben. Vielleicht hat sich darüber mein rebellischer Charakter entwickelt. Ich dachte, dass wir Frauen auch etwas tun können und dass wir nicht nur dazu da sind, um Kinder zu bekommen. Mein Vater dachte zum Beispiel, Frauen brauchen nichts zu lernen, weil sie ja sowieso heiraten. Also fragte ich mich, was eigentlich mit uns passiert, wenn wir nicht heiraten wollen. Und wahrscheinlich, weil wir Frauen dafür angeblich zu ungeschickt sind, um zu tanzen wie sie, wollte ich ihnen zeigen, dass ich es doch kann. Also habe ich mir den Tanz der Sonajeros heimlich selbst beigebracht, und wenn ich mittanzen wollte, musste ich mich als Mann verkleiden. Damals hat sich die Person entwickelt, die ich heute bin. Wenn sie mir sagen: „Nein“, dann sage ich: „Aber ja!“, und dann machen wir es so.

Interview: Gorka Andracka Ibargaray

Desinformémonos 12.10.2019 (Übersetzung Poonal)



Zapatistas bei der Medienarbeit während des II. Frauentreffens

Auf dass die Erde in ihren Zentren erbebe!⁽¹⁾

Aufruf zur Bildung eines weltweiten Netzwerks der Rebellion und des Widerstands



Kurze Geschichte eines Vorschlags – in der Hoffnung auf gemeinsame Antworten.

Am 1. Juli 2018 fanden in Mexiko Präsidentschaftswahlen statt. Zum ersten Mal in der Geschichte Mexikos gab es die Möglichkeit unabhängige Kandidat*innen für die Wahl aufzustellen. Eineinhalb Jahre zuvor, am 12. Oktober 2016 – dem Jahrestag der Conquista (2) –, unterbreiteten die Zapatistas dem Nationalen Indigenen Kongress CNI den Vorschlag, einen Indigenen Regierungsrat zu bilden und dessen Sprecherin – bewusst eine indigene Frau – als unabhängige Präsidentschaftskandidatin für die kommenden Wahlen aufzustellen.

Dies jedoch nicht mit dem Ziel, tatsächlich die Wahlen zu gewinnen und die Macht im Staat zu übernehmen. Vielmehr handelte es sich hierbei um eine Offensive gegen die institutionelle Politik von oben, indem deren Strukturen genutzt würden, um sich – als Pueblos Originarios (3) – gegen die Zerstörungen von oben zu (re)organisieren und gegenseitig in den Widerständen und Rebellionen zu stärken. Denn die Pueblos – so die Analyse der Zapatistas – sind die, die am stärksten unter den Folgen des Neoliberalismus zu leiden haben – aber auch diejenigen mit der längsten Organisations- und Widerstandserfahrung. Es ist die Zeit der Pueblos gekommen – und Zeit, die Erde zum Erbeben zu bringen.

Am 1. Januar 2017 – dem 23. Jahrestag des zapatistischen Aufstands – wurde die Annahme des Vorschlags durch die im CNI organisierten Pueblos bekannt gegeben – und da bebte die Erde zum ersten Mal (4). Vier Monate später, im Mai 2017, fand daraufhin die Gründungsversammlung des Indigenen Regierungsrats (CIG) statt. Die Nahua-Indigene María de Jesús Patricio Martínez, kurz: Marichuy, wurde zu ihrer Sprecherin gewählt und sollte gleichzeitig als unabhängige Kandidatin für die kommenden Präsidentschaftswahlen fungieren. Die dafür benötigte Anzahl an Unterschriften kam nicht zustande. Doch dies stellte für die Pueblos keine Niederlage dar, denn schließlich ging es vor allem darum, sich weiter und neu gegen den Neoliberalismus und für ein würdevolles Leben zu organisieren:

„Unser Einsatz war nie zur Übernahme der Macht, er war und wird immer für die selbstverwaltete Organisation sein, die

Autonomie, die Rebellion und den Widerstand, für die Solidarität und gegenseitige Hilfe, und für die Erschaffung einer Welt mit Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit für alle.“ (5)

Was die letzten Jahre im Zuge der Mobilisierungen um den CIG erreicht wurde, ist eine enorme Erhöhung der Anzahl der Pueblos, die sich zusammen organisieren wollen. Es gibt nun viel mehr Menschen, Kollektive und Organisationen, die erkannt haben, dass die Lösung der bestehenden Probleme niemals von oben, von der institutionellen Politik kommen wird, sondern nur von unten, von den Pueblos selber. Was nun – als nächste Etappe – ansteht, ist eine Organisation, die über den CIG und die Pueblos Originarios hinausgeht. Zuvor ist jedoch die Auswertung und Analyse der bisherigen Schritte nötig und darüber, was in Mexiko und der Welt gerade geschieht.

Neoliberalismus à la AMLO: Die Vierte Transformation

Als Sieger der Präsidentschaftswahlen vom 1. Juli 2018 ging Andrés Manuel López Obrador, kurz: AMLO, hervor. Er galt in Mexiko als ein großer Hoffnungsträger, einer, der – endlich – alles anders machen und die Gewalt und Korruption im Land beseitigen würde. Er selbst nennt sein Politik-Projekt die Vierte Transformation und reiht sich damit selber in eine Reihe großer geschichtlicher Veränderungen ein (6). Auch wenn er teils – auch hierzulande – als links oder linksgerichtet bezeichnet wird, steht er für nichts anderes als die Fortführung der Politik des Neoliberalismus. Hierbei setzt AMLO v.a. auf Megaprojekte als Mittel um „Entwicklung“ in die armen, ländlichen und meist indigenen Regionen Mexikos zu bringen. Zu den geplanten Megaprojekten gehören u.a. die Infrastrukturprojekte Tren-Maya (Maya-Zug), der Plan des Isthmus von Tehuantepec und das Proyecto Integral Morelos. Für die Durchsetzung seiner (neoliberalen) Projekte hat AMLO eigens eine neue militärische Einheit geschaffen, die Nationalgarde (span.: Guardia Nacional), für dessen Schaffung gleich mehrere Artikel der mexikanischen Verfassung geändert werden mussten.

Die zapatistische Antwort

Im August 2018, also gut einen Monat nach der Wahl AMLOs, präsentierten die Zapatistas ihre aktuelle Analyse über den Zustand der Welt, Lateinamerikas und Mexikos. Darin verwenden sie zur Veranschaulichung der Funktionsweise des vorherrschenden kapitalistischen Systems das Beispiel des Großgrundbesitzes (span.: finca). Demnach strebt der Kapitalismus danach, die Welt in einen einzigen Großgrundbesitz zu verwandeln, wobei die Politiker*innen lediglich seine Verwalter*innen, Aufseher*innen und Vorarbeiter*innen sind. Wahlen bringen demzufolge keinen Systemwandel sondern nur eine*n andere*n Verwalter*in des Systems hervor. Für die Schaffung dieses einzigen Großgrundbesitzes werden neue Territorien erobert, wobei Methoden aus den Anfängen der Kapitalismus zum Einsatz kommen: Gewaltanwendung und Krieg.

Es ist – nach Marx – die Vollendung der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“, dessen Lektüre die Zapatistas empfehlen, um das derzeitige kapitalistische Geschehen zu verstehen. In seiner Entwicklung „entdeckt“ das System neue Waren bzw. verwandelt Dinge in Waren, die vorher keine waren, wie bspw. Wasser, Boden, Luft und Biodiversität, welche sich auf dem Territorium der Pueblos Originarios befinden.

Die von AMLO geplanten Megaprojekte sind ein konkreter Ausdruck dieser kapitalistischen Eroberung von Territorien, was die Zapatistas als eine klare Kriegserklärung gegen sie und alle Pueblos Originarios verstehen. Sie zu enteignen und zu vertreiben und sie somit ihrer Lebensgrundlage zu berauben, ist das Ziel der Projekte. Die Pueblos Originarios werden „überflüssig“, sofern sie sich nicht an die neuen Gegebenheiten anpassen – was heißt, sich als (billige) Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen. Denn all jene, die nicht (für das Kapital) produzieren, die nicht konsumieren und die keine Kredite aufnehmen (können), haben – ökonomisch gesehen – keinen Nutzen. Demnach bleibt ihnen nur der Ausweg zu kämpfen und ihr Land zu verteidigen, wobei es um nichts weniger als ihr Überleben – als Pueblos Originarios – geht.

Angesichts dieser Situation stellen die Zapatistas klar, dass sie nicht aufgeben werden sondern weiter kämpfen – auch wenn sie damit womöglich allein dastehen:

„Wir gehen weiter voran mit zwei Füßen: Rebellion und Widerstand, das Nein und das Ja; das Nein zum System und das Ja zu unserer Autonomie, was bedeutet, dass wir unseren eigenen Lebensweg aufbauen müssen. Unserer basiert auf einigen Wurzeln der ursprünglichen (oder indigenen) Gemeinschaften: das Kollektiv, die gegenseitige und solidarische Unterstützung, die Verbundenheit mit der Erde, die Kultivierung der Künste und Wissenschaften und die ständige Wachsamkeit gegen die Anhäufung von Reichtum. Dies sowie die Wissenschaften und die Künste sind unsere Anführer. Es ist unsere »Art«, aber wir denken, dass es in anderen Geschichten und Identitäten anders ist. Deshalb sagen wir, dass der Zapatismus nicht exportiert werden kann, nicht einmal auf dem Gebiet von Chiapas, sondern dass jeder Kalender und jede Geographie seiner eigenen Logik folgen muss.“ (7)

In ihrem Voranschreiten suchen sie dabei weltweit nach Verbündeten. Sie machen deutlich, dass es nicht (mehr) genug ist nur an der Seite der Pueblos Originarios zu kämpfen, sondern dass sie/wir die nächste Stufe erreichen müssen: „die Konstruktion eines Rates, der die Kämpfe aller Unterdrückten, Verachteten, Verschwundenen und Ermordeten, der politischen Gefangenen, der angegriffenen Frauen, der prostituierten Kinder der verschiedenen Länder und Geografien einbezieht [...]: die zeitgenössische Karte der Rebellionen und der Widerstände auf dem ganzen Planeten.“ (8)

Dies bedeutet also, den Indigenen Regierungsrat (CIG) zu vergrößern; einen Rat zu bilden, der Unterschiede nicht absorbiert oder aufhebt, sondern sie als Stärke nutzt und gar – im gemeinsamen Voranschreiten mit anderen, die die gleiche Bestrebung haben – verstärkt. Der CIG soll daher nicht mehr nur national und nicht mehr nur indigen sein.

Die Zapatistas schlugen deshalb bereits im August 2018 vor und riefen, auch uns hier, dazu auf u.a. über Folgendes zu beraten:



1.) Initiierung bzw. Fortsetzung der Analyse und Bewertung der Realität, in der wir leben; Erstellung und Austausch dieser Analyse und Bewertung und – daraus ableitend – Entwicklung koordinierter Handlungsvorschläge

2.) die Initiierung bzw. Fortsetzung der Analyse und Diskussion über die Schaffung einer globalen Koordination oder Föderation von Netzwerken.

Als Namen für das zu entstehende Netzwerk schlugen die Zapatistas bisher "Weltweites Netzwerk des Widerstands und der Rebellion" vor. Ein Jahr später, im August 2018, wiederholten die Zapatistas – mit Nachdruck – ihren Aufruf:

„Wir rufen auf, die Analyse und Diskussion zu beginnen, für die Bildung eines internationalen Netzwerks von Widerstand und Rebellion, Pol, Kern, Föderation, Konföderation oder wie auch immer es heißen mag, basierend auf der Unabhängigkeit und Autonomie derjenigen, die es bilden, ausdrücklich auf eine Hegemonisierung und Homogenisierung verzichtend, in denen gegenseitige Solidarität und Unterstützung unabdingbar sind, in dem die guten und schlechten Erfahrungen des Kampfes aller miteinander geteilt werden und an der Verbreitung der Geschichten von unten und links gearbeitet wird.“ (9)

Eine notwendige Diskussion hier

Als Ya-Basta-Netz haben wir angefangen über den Vorschlag der Zapatistas zu diskutieren und ihn – unter anderem auf dem letztjährigen Rebellischen Zusammentreffen – anderen nahe zu bringen. Es fehlt noch viel.

Deshalb schlagen wir vor und rufen dazu auf, dass alle, die ein Interesse an einer weltweiten Veränderung haben, sich die Mühe machen, ihre Sicht der Dinge aufzuschreiben und wir uns an unseren jeweiligen Orten, in unseren jeweiligen Regionen und schließlich überregional zusammensetzen und uns zuhören.

Lasst uns auf unsere Gemeinsamkeiten fokussieren und Unterschiede aushalten und respektieren!

Lasst uns Wege finden uns gemeinsam und internationalistisch zu organisieren!

Lasst uns Teil sein der weltweiten Kämpfe um ein menschliches und würdiges, ein anderes Leben – damit die Welt wirklich in ihren Zentren erbebt!

ardillita negra

Mehr Infos und Kontakt: ya-basta-netz.org

Erläuterungen:

1) So lautet eine Zeile aus der mexikanischen Nationalhymne und es ist gleichzeitig der Titel des Kommuniqués der EZLN vom 14. Oktober 2016: <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2016/10/18/damit-die-erde-in-ihren-zentren-erbebe/>

2) Sogenannte Entdeckung und Eroberung Amerikas durch Kolumbus im Jahre 1492.

3) Verbleibt im spanischen Original; wortwörtlich: originäre/ursprüngliche Gemeinden, Gemeinschaften, Völker.

4) „Und sie hat gebebt. Bericht aus dem Epizentrum...“ - so lautete der Titel der Erklärung des CNI, in dem er das Ergebnis der Befragung unter seinen Gemeinden bekannt gab:

<http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2017/01/06/und-sie-hat-gebebt-bericht-aus-dem-epizentrum/>

5) <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2018/03/29/aufruf-zum-nachsten-schritt-im-kampf/>

6) 1. Unabhängigkeitskrieg Mexikos (1810-1821); 2. Reform von 1858 bis 1861, angetrieben durch den (indigenen) Präsidenten Benito Juárez (ein großes Vorbild AMLOs); 3. Mexikanische Revolution zwischen 1910 und 1917 gegen das Regime von Porfirio Díaz.

7) <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2018/08/29/300-2-teil-ein-kontinent-wie-ein-hinterhof-ein-land-wie-ein-friedhof-ein-einziger-gedanke-als-regierungsprogramm-und-eine-kleine-sehr-kleine-winzig-kleine-rebellion-subcomandante-insurgen/>

8) <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2018/10/25/300-dritter-und-letzter-teil-eine-herausforderung-eine-wirkliche-autonomie-eine-antwort-mehrere-vorschlaege-und-einige-anekdoten-uber-die-nummer-300-subcomandante-insurgente-moi/>

9) <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2019/08/20/kommunique-des-geheimen-revolutionaren-indigenen-komitees-generalkommandantur-der-zapatistischen-armee-der-nationalen-befreiung>

Hintergründe zur Mobilisierung von CIG-CNI-EZLN gegen Megaprojekte

Was ist der Congreso Nacional Indígena?

Der Congreso Nacional Indígena (CNI) gründete sich am 12. Oktober 1996 auf Initiative der EZLN während der Friedensverhandlungen zwischen EZLN und mexikanischer Regierung. Es ist ein mexikowweiter Zusammenschluss von 43 indigenen Pueblos, die sich autonom, d.h. unabhängig von Staat und Parteien, und antikapitalistisch auf Grundlage der sieben Prinzipien des gehorchenden Regierens organisieren. Diese lauten wie folgt: 1. gehorchen anstatt zu befehlen, 2. repräsentieren anstatt unbefugt zu vertreten, 3. nach unten gehen anstatt nach oben zu streben, 4. dienen anstatt sich zu bedienen, 5. überzeugen anstatt zu besiegen, 6. aufbauen anstatt zu zerstören, 7. vorschlagen und nicht bestimmen.

Tren Maya

Geplantes Infrastruktur-Projekt, das insgesamt 15 Maya-Stätten auf der Halbinsel Yucatán durch eine ca. 1500 km lange Bahnstrecke miteinander verbinden soll. Es soll v.a. touristischen Zwecken und für den Güterverkehr dienen – nicht den dort lebenden Menschen. Im Gegenteil: Die Bahntrasse soll sowohl durch Biosphärenreservate als auch indigenes Gebiet führen, welches dafür geräumt werden muss. Zur Legitimierung der Realisierung dieses Projekts inszenierte AMLO ein Maya-Ritual, in dem er die Mutter Erde um Erlaubnis bat. Die Zapatistas reagierten darauf polemisch-wütend: „Wenn Mutter Erde sprechen würde, würde sie ihm sagen ‘Verpiss dich!’“. Mutter Erde spricht nicht, aber wenn sie es würde, wäre es ‘Nein, scher’ dich zum Teufel!“

Plan des Isthmus von Tehuantepec

Der Isthmus von Tehuantepec ist die Landenge zwischen der Pazifik- und der Atlantikküste im Süden Mexikos, der Mittelamerika von Nordamerika trennt. Geplant ist für diesen Bereich eine transozeanische Eisenbahnverbindung, welche eine

wichtige geostrategische Bedeutung, u.a. für den Containertransport aus China in die USA, hat. Es soll quasi eine Art alternativer Panamakanal auf Schienen entstehen. Des Weiteren sollen in diesem Korridor Gasleitungen erweitert werden und sich Erdölraffinerien und die petrochemische Industrie ansiedeln, welche durch die Schaffung von Sonderwirtschaftszonen angelockt werden. Im September 2019 fand ein Treffen zur Organisation von Widerstand in dieser Region unter dem Namen „Der Isthmus ist unser“ statt.

Proyecto Integral Morelos

Infrastrukturprojekt zur Energiegewinnung im Zentrum Mexikos, das sich seit Präsident Felipe Calderón (2006-2012) in Planung und Durchführung befindet. Dabei sollen im Bundesstaat Morelos zwei Wärmekraftwerke, ein Aquädukt und Elektrizitätsleitungen entstehen, sowie eine Erdgaspipeline durch die Bundesstaaten Tlaxcala, Puebla und Morelos. Es wurde und wird mit staatlicher Gewalt durchgesetzt und den dort lebenden Nahuatl-Indigenen aufgezwungen. Diese leisten seit Jahren Widerstand gegen das Projekt. Im März 2019 wurde ein wichtiger Protagonist des Widerstands, Samir Flores Soberanes, von der Regierung und ihren Verbündeten ermordet. Er war zudem langjähriges Mitglied des CNI.



Morddrohungen gegen das Menschenrechtszentrum Frayba

Die Regierung von Rutilio Escandón ignoriert die Risikosituation für Menschenrechtsverteidiger*innen in Chiapas

Das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas, A.C. (Frayba) äußert sich besorgt über die Bedrohung des Lebens, die Unversehrtheit und die persönliche Sicherheit des Kollektivs der Presos en Lucha (kämpfenden Gefangenen) sowie dem Team von Frayba, welche im November und in den ersten Dezembertagen 2019 Morddrohungen, Überwachung, Belästigung und Einschüchterungen erlitten haben. Dies geschah im Zusammenhang mit dem Kampf für die Freiheit indigener Gefangener, insbesondere von Juan de la Cruz Ruiz (der inzwischen freigelassen wurde).

Die Bedrohungen begannen am 12.11.2019, als ein Umschlag im Haus einer Verteidigerin der Familien der kämpfenden Gefangenen hinterlassen wurde. Der Brief enthielt eine Nachricht mit Zeitungsausschnitten, die lautete: "Faro: Katastrophale Warnung, Hilferuf (der Name der Verteidigerin wird aus Sicherheitsgründen nicht angegeben) ist in Todesgefahr, das Leben ist sehr kurz. Der Tod ist unvermeidlich." Eine weitere lautete: "Pass auf sie auf, versuche ihr Leben zu retten." Hier ist zu erwähnen, dass Faro der Nachname des Direktors von Frayba ist.

Am 19. November wurde im Haus der Aktivistin eine neue Nachricht entdeckt, in der ihr Name offenbar mit Blut geschrieben wurde. In der gleichen Nacht wurde im Haus eines Mitarbeiters von Frayba die Werbeanzeige eines Bestattungsunternehmens gefunden. Diese Anzeige wurde bei keinem anderen Nachbarn gefunden. Infolge dieser Drohungen haben wir eine stärkere Überwachung und Belästigung sowohl der

Familien der Gefangenen, als auch der Organisationen und Gruppen, die sie begleiten, dokumentiert. Bis jetzt haben wir keine angemessene Schutzreaktion von den Einrichtungen des mexikanischen Staates erhalten. Die Menschenrechtsverteidigerin hat wegen der Drohungen bei der Generalstaatsanwaltschaft des Staates Chiapas eine Anklage eingereicht. Als Frayba haben wir diverse schriftliche Einreichungen bei bundesstaatlichen und föderalen Behörden getätigt. Nichtsdestotrotz ist eine Gewährleistung des Schutzes und die Minimierung der Gefahrenlage seitens des Staates nicht erfolgt. Aufgrund der gegebenen Umstände gehen wir daher von aus, dass die Drohungen von Staatsbeamten stammen.

Im Laufe des ersten Jahres der Regierung des chiapanekischen Gouverneurs Rutilio Escandón (von der Partei MORENA des Präsidenten López Obrador, Anm.d.Red.), halten die Unterlassungen, die Gleichgültigkeit und die fehlende Antwort hinsichtlich der Menschenrechtslage an. Dies führt zur Verhinderung von Gerechtigkeit schaffenden Maßnahmen und zur Diskriminierung indigener Menschen.

Daher fordern wir von den Regierungen auf bundesstaatlicher und föderaler Ebene die Gewährleistung des Lebens, der Sicherheit und der körperlichen Unversehrtheit der Menschenrechtsverteidiger*innen, ebenso wie der Gefangenen, die sich in La Voz de Indígenas en Resistencia (Indigenen Stimme im Widerstand), La Verdara Voz del Amate (Wahren Stimme des Amates; Gefängnis in Cintalapa, Chiapas) und Viniketik en Resistencia (Männer (auf Tsotsil) im Widerstand) organisieren.

www.frayba.org.mx * Dezember 2019

JA'UN TA YAN BALUMIL – SER INTERNACIONALISTA

Zapatistische Bildung im CELMRAZ, Caracol Oventik in Chiapas

»So wie Bündnisse erst den Reflexionsraum öffnen [...], ermöglichen sie auch erst das, was wir Erfahrung nennen. Auf Bündnissen, geschlossenen und verratenen, erhofften und verworfenen, baut Erfahrung auf, und sie schließt das Bündnis mit sich selbst – einem Selbst, das seit jeher von Zerstückelung bedroht ist – ein.« Klaus Heinrich: Vom Bündnis denken, Frankfurt a.M. (2000)

Projekt-Beschreibung und Wer wir sind

Als ein Kollektiv von Internationalist*innen werden wir für jeweils 10-15 Internationalistas aus dem deutschsprachigen Raum einmal im Jahr einen dreiwöchigen Studien-Praxis-Aufenthalt im zapatistischen Sprachzentrum CELMRAZ im Caracol Oventik, in den Altos de Chiapas, Mexiko, organisieren und umsetzen. Wir möchten damit eine Art von Escuela – organisiert von Internationalistas und Zapatistas – schaffen, um Internationalismus direkt erfahrbar zu machen und so zum Aufbau eines konkreten Internationalismus beitragen zu können.

Nicht zuletzt geht es dabei auch um die direkte Unterstützung einer zapatistischen Struktur im autonomen Bildungsbereich, dem Centro de Español y Lenguas Mayas Rebelde Autónomo Zapatista (CELMRAZ). Zusätzlich gibt es die Möglichkeit – für einen anderen Zeitraum als den der Gruppenreise – als Einzelne, sogenannte Regulares, von uns für einen dortigen Aufenthalt akkreditiert zu werden.

Am Projekt teilnehmen, können alle mit Interesse an und/oder Erfahrung in praktischem Internationalismus und/oder alternativen, kollektiven Strukturen; Colectivistas des deutschsprachigen Raums; kritische Gewerkschafter*innen u. a.; jüngere wie ältere Menschen. **colectivo gata-gata**

Kontakt: gata-gata@riseup.net
<http://balumil.blackblogs.org>

Termine für Aufenthalt 2020:

Vorbereitungsseminare:

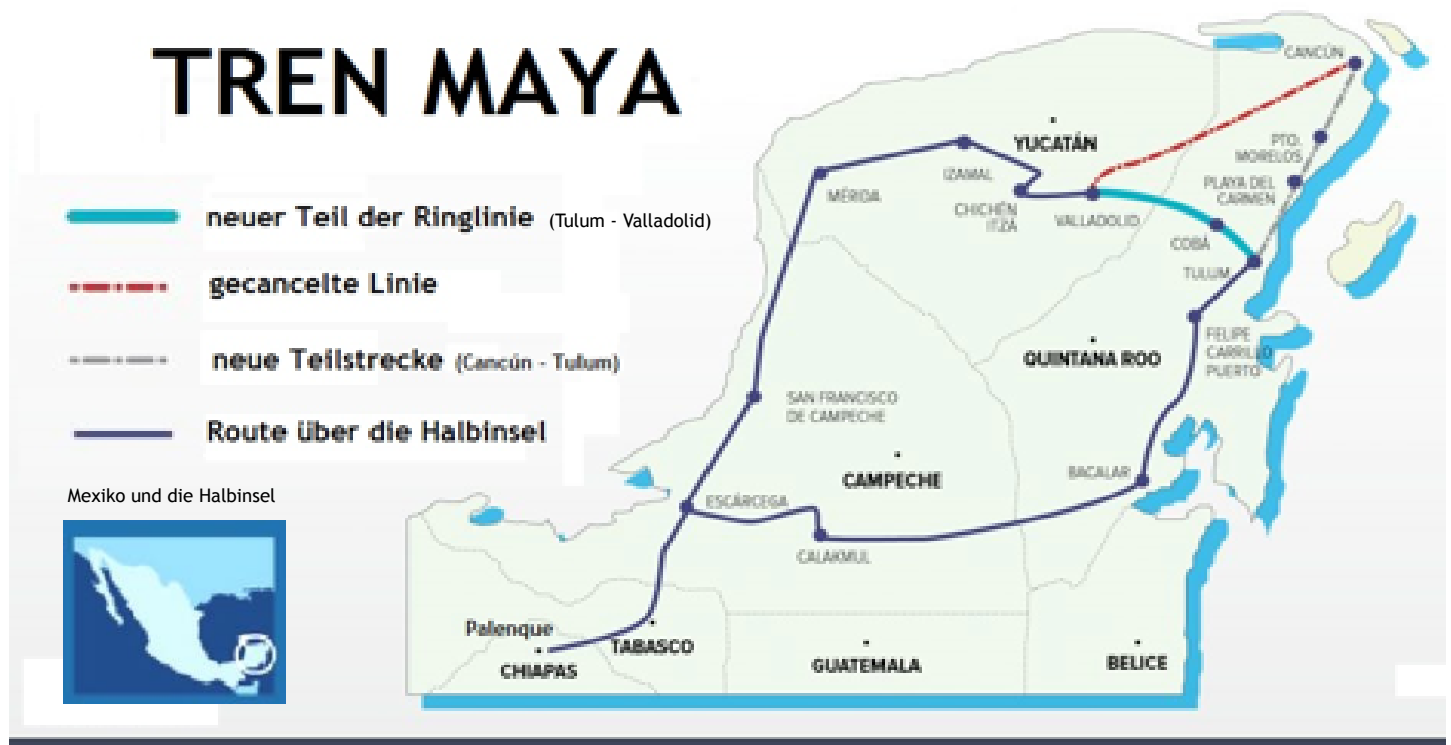
24.-26. April 2020, 22.-24.

Mai 2020, 19.-21. Juni 2020

Studien-Praxis-Aufenthalt in Chiapas: September/Oktober 2020



Das Projekt "Maya-Zug" - Neokolonialismus hoher Intensität



In den letzten Wochen hat die mexikanische Regierung eine weitreichende Simulation durchgeführt. Doch es ist keine Simulation, wie sie für die Frühwarnung von Erdbeben genutzt wird. Die Regierung hat ein Trugbild entworfen, mit der sie der Bevölkerung ganz Mexikos, insbesondere der im Südosten des Landes, glauben macht, die indigenen Bevölkerungsgruppen hätten über das Projekt des sogenannten Maya-Zugs abstimmen können und Zehntausende indigene und nicht indigene Menschen hätten das Projekt befürwortet. Diese Behauptung ist Manipulation in großem Ausmaß und eine Verfälschung der Realität.

Die Realität ist voll von Gewalt und Brutalität: Indigene Gegner*innen des Projekts, wie der Maya-Dichter Pedro Uc und seine Familie, wurden verfolgt und sollten mit Morddrohungen zum Schweigen gebracht werden. Viele Netzwerke und Kollektive verurteilten diese Drohungen öffentlich. Die Drohungen waren Teil einer langen Liste mit zahlreichen Morden und gewalttätigen An- und Übergriffen auf Verteidiger*innen von indigenen Territorien, die indigene Bevölkerungsgruppen in der gemeinsamen vierten Nationalversammlung vom Nationalen Indigenen Kongress CNI, dem Indigenen Regierungsrat CIG und dem Forum zur Verteidigung des Territoriums und der Mutter Erde, die im Dezember 2019 mit der EZLN in Chiapas stattfand, öffentlich verurteilten.

Der sogenannte Maya-Zug ist eines der Projekte, gegen das sich diese Organisationen und indigenen Bevölkerungsgruppen wehren, und das die Regierung unter Präsident Andrés Manuel López Obrador (AMLO) als ein Schlüsselprojekt um jeden Preis realisieren will. Noch bevor er zum Präsidenten gewählt wurde, hatte er dies bereits im Regierungsplan festgelegt.

Das Maya-Zug-Projekt sieht die Verlegung von Zugstrecken zwischen den Bundesstaaten Chiapas, Yucatán, Campeche, Quintana Roo und Tabasco vor. Diese Bahnstrecken selbst sind aber nur ein Teil des Vorhabens, erklären die Autoren Samuel Rosado und Ramón Vera Herrera in der Zeitschrift Ojarasca, die der mexikanischen Tageszeitung La Jornada angehört. Die Verlegung der Strecken und das damit einhergehende erhöhte Verkehrsaufkommen hätten negative ökologische und soziale Auswirkungen insbesondere dort, wo es bislang keine Schnellstraße oder Zugstrecke gäbe, wie z.B. in der Stadt Calakmul. Die verheerenden Auswirkungen hätte das Projekt aber besonders in den Gebieten, die gar nicht von den Strecken durchquert werden. Denn der Maya-Zug, so Heber Uc vom Indigenen Rat Bacalars, stelle die Verbindung zwischen verschiedenen Großprojekten dar, die bereits seit einigen Jahren in der Region realisiert werden: Photovoltaikanlagen, Windparks, Mega-projekte der Agroindustrie, massive Schweinemast und der sogenannte grüne Tourismus. Das alles würde mit den Zugstrecken verbunden werden. Die Spekulationen auf das betroffene Land hätten bereits begonnen und seitdem das Projekt angekündigt wurde, seien schon viele Menschen in die Regionen gekommen, um sich Land anzueignen. Mit Gewalt wurden an der Straße von Bacalar nach Cancún Ländereien in Besitz genommen. Über diese wichtigen Aspekte und Auswirkungen des Maya-Zug-Vorhabens spricht die Regierung nicht und stellt sie nicht zur Diskussion. Auch nicht in dem sogenannten Konsultationsprozess, den die Regierung im November und Dezember im Schnellverfahren realisiert hatte und zu dem sie Beobachter*innen der mexikanischen UN-Menschenrechtsorganisation eingeladen hatte.

Nach Artikel 169 des ILO-Übereinkommens und nach der UNO-Deklaration über die Rechte indigener Völker haben indigene Bevölkerungsgruppen ein Recht auf sogenannte vorherige Konsultation. Diese soll ihre Teilhabe an Entscheidungen garantieren, die sie in ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung betreffen. Sogenannte Konsultationsverhandlungen finden also zwischen der Regierung und der indigenen Bevölkerung statt, die von den von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen betroffen sein wird. Sie sollen zu einem Übereinkommen oder einem Konsens führen. Nach internationaler Rechtsgrundlage, der auch Mexiko unterliegt, müssen sie "im Vorhinein, frei, in Kenntnis der Sachlage und in kultureller Hinsicht angemessen" durchgeführt werden.

In einem kritischen Bericht stellten Vertreter*innen der UN-Organisation, die an der Hälfte der Konsultationsversammlungen teilgenommen hatten, fest, dass sich die mexikanische Regierung nicht an diese internationalen Normen gehalten hatte. Der UN-Bericht weist darauf hin, dass, die Konsultationsmaßnahmen der Regierung - 15 Informations-treffen und 15 sogenannte Versammlungen - zwar vor der Realisierung des Projekts stattgefunden hätten, nach einem Übereinkommen oder Konsens wäre jedoch nicht gestrebt worden. In der Einberufung der Treffen bzw. Versammlungen und dem Konsultationsprotokoll käme lediglich das Ziel zum Ausdruck, mit den indigenen Gemeinschaften zu einer Abmachung darüber zu kommen, dass diese an der Durchführung des Projekts partizipierten und an den Profiten des Projekts teilhätten. Das deutete bereits an, dass angestrebt wurde, das Projekt unabhängig vom Ergebnis der Konsultation, also in jedem Fall, durchzuführen. Die UN erklärte zudem, dass zur Kenntnis der Sachlage nur über die vermeintlichen Vorteile des Projekts informiert wurde. Informationen über negative Auswirkungen wären nicht vermittelt worden, auch dann nicht, wenn Regierungsvertreter bei persönlichen Treffen konkret dazu befragt wurden. Der Bericht bemängelt des Weiteren, dass die Veranstaltungen von den Behörden und nicht gemeinsam mit den indigenen Gemeinden organisiert wurden. Das Zeitverständnis sowie Gebräuche und Sitten der indigenen Gemeinden wurden demnach nicht respektiert und zwischen Informationstreffen und den sogenannten Konsultationen lagen lediglich zwei Wochen.

Hinzu kommt, dass sich bei den sogenannten Gemeinde-Versammlungen nicht die indigene Gemeinde versammeln konnte, sondern lediglich Vertreter*innen der Gemeinden und die Gemeindeverantwortlichen für Landwirtschafts-angelegenheiten eingeladen wurden. Den Gemeinden selbst wurde damit nicht die Möglichkeit gegeben, über das Projekt zu diskutieren, die Informationen zu verarbeiten und gemeinsam mit ihren traditionellen Autoritäten die Delegierten dieser Konsultationen zu wählen. Die UN-Organisation wies ebenfalls auf die geringe Beteiligung von Frauen hin und darauf, dass viele Menschen aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen nicht an den Konsultationen teilnehmen konnten.

Die größte Besorgnis zeigte die UN-Organisation darüber, dass der Zugang zu grundlegenden Rechten und elementaren Bedürfnissen wie Wasser, sanitären Einrichtungen, Gesundheit, Bildung, Arbeit und Wohnraum, für die betroffene Bevölkerung an die Bedingung knüpfte, dem Projekt zuzustimmen.

Die UN-Organisation berichtete, dass zwar in einigen Fällen Regierungsvertreter behaupteten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte seien nicht an das Projekt geknüpft, aber die Art, wie die sogenannte Konsultation von statten ging, deutete darauf hin, dass elementare Rechte nur mit der Realisierung des Maya-Zugs gewährt würden.

Aufschlussreich ist diesbezüglich der Bericht der Forscherin Margarita Valdovinos von der Nationalen Autonomen Universität Mexikos (UNAM), die als Beobachterin an den Konsultationen teilnahm. Sie berichtete, so wie auch die UN-Organisation betonte, dass die den Gemeinden übermittelten Informationen nicht vollständig und von Parteinahme geprägt gewesen wären. Die Gemeinden wären in der Einberufung der Versammlungen dazu angehalten worden, Forderungen und Gesuche ihrer Gemeinden vorzutragen, die nicht unbedingt mit dem Projekt zu tun haben mussten, was die Repräsentanten der Gemeinde in den Versammlungen auch ausführlich getan hätten. Die Regierungsvertreter hätten daraufhin direkt oder indirekt angedeutet, dass das Maya-Zug-Projekt diesen Bedürfnissen Rechnung tragen würde und werteten damit die lange Liste an Forderungen und Gesuchen als eine Zustimmung der Gemeinderepräsentanten zur Realisierung des Projekts. Auf die von der UN-Organisation geäußerten Besorgnisse reagierte die mexikanische Regierung wie viele andere Regierungen auch: Sie degradierte die Organisation mit der Behauptung, ihre Einschätzungen seien nicht wahr - ganz so, als ob die Beobachter*innen nicht anwesend gewesen wären und nicht aus erster Hand berichtet hätten. Die Regierung beschuldigte sie, die Haltung der oppositionellen Militanz angenommen zu haben und den Willen der Gemeinden zugunsten des Projekts zu verkennen.

Die Regierung unter AMLO hatte auf ähnliche Weise die Bauern und Bäuerinnen, die seit Jahren ihr Territorium gegen das Großprojekt in Morelos (Proyecto Integral Morelos) verteidigen, als "konservative Radikale" verunglimpft. Der indigene Aktivist Samir Flores wurde in diesem Zusammenhang ermordet. Und nun wird auf ähnliche Weise die mexikanische Menschenrechtsorganisation der UNO, weil sie auf die gravierenden Mängel der sogenannten Konsultationen hinweist, als "soziale Oppositionskämpfer" degradiert. Vor diesem Hintergrund haben erneut Übergriffe in der Region des Maya-Zug-Projekts stattgefunden. Pedro Uc erhielt Morddrohungen, nachdem er sich in einer Versammlung kritisch zu dem Projekt geäußert hatte.

Die indigenen Gemeinden selbst wissen genau, welche Entwicklung sie einschlagen und wie und zu welchem Zweck sie diese gestalten möchten. Doch sie sind nicht gefragt worden, schon gar nicht nach ihren eigenen politischen und kulturellen Voraussetzungen, Eigenheiten und Lebensformen. Die von der Regierung durchgeführten Konsultationen zielen lediglich darauf ab, ein Projekt zu verkaufen und zu rechtfertigen. Es sind verheerende Projekte, von denen die verwüstenden Unternehmen profitieren und die indigenen Gemeinden von ihren Territorien vertreiben. Wir befinden uns in unheilvollen Zeiten. Aber wie Aliko Santiago sagt: *"Die indigene Bevölkerung wird allen Dürren, diesen trotzend, immer wieder erblühen."*

Silvia Ribeiro * Mexiko-Stadt, 30.12.2019, desInformemonos

Übersetzung und Ergänzungen: Katharina Greff

Mörder von Berta Cáceres müssen 50 Jahre in Haft



In Honduras Hauptstadt Tegucigalpa hat ein Gericht unlängst das Strafmaß für vier bereits im Januar 2019 verurteilte Auftragskiller und zwei Mittelsmänner des Mordes an der honduranischen Menschenrechtsverteidigerin und Umweltaktivistin Berta Cáceres verkündet. Die Auftragsmörder erhielten 50 Jahre Gefängnis: 34 Jahre wegen der Erschießung von Berta Cáceres in der Nacht vom 2. zum 3. März 2016 und 16 Jahre wegen versuchten Mordes an dem mexikanischen Umweltaktivisten Gustavo Castro. Er übernachtete damals in Cáceres Privathaus in der Kleinstadt La Esperanza, Intibucá und kam verletzt mit dem Leben davon. Berta Cáceres und ihre Organisation COPINH hatten sich gemeinsam mit betroffenen Gemeinden gegen den Bau des Wasserkraftwerkes Agua Zarca eingesetzt, an dem unter anderem europäische Entwicklungsbanken und das Siemens-Joint Venture Voith Hydro beteiligt waren. Für zwei Mittelsmänner, den ehemaligen Militär und früheren Sicherheitschef des Unternehmens DESA, Douglas Geovanny Bustillo, und den DESA-Manager für Umwelt und Soziales, Sergio Rodríguez, lautete das Strafmaß 30 Jahre und vier Monate. Der ebenfalls in das Mordkomplott verwickelte und zum Tatzeitpunkt aktive Major der honduranischen Armee, Mariano Díaz Chávez, kam mit 30 Jahren davon.

Die Prozesseröffnung gegen den Präsidenten der DESA, David Castillo, war im Oktober 2019 zum zweiten Mal am Widerstand seiner Anwälte gescheitert. Castillo soll für den Mord an Cáceres 500.000 Lempira (etwa 18.000 Euro) an den Mittelsmann Bustillo bezahlt und von seinen Auftraggebern eine Summe erhalten haben, die ihm den Kauf einer Luxusvilla in den USA ermöglichte. Als Drahtzieher hinter dem Mord werden DESA-Aufsichtsräte und Aktionäre aus der mächtigen honduranischen Unternehmerfamilie Atala Zablah in Komplizenschaft mit weiteren, mutmaßlich staatlichen, Akteuren vermutet. In Haft befinden sich zwei Ermittler der honduranischen Polizei, die versucht hatten, die Spurensicherung zu manipulieren. Cáceres' Organisation COPINH würdigte das Urteil gegen die Täter als "ersten Riss in einer Mauer totaler Straflosigkeit, mit der eine kriminelle Struktur aufrechterhalten wird, die für den Mord verantwortlich ist". Unterstützt von internationalen Organisationen und Institutionen fordern COPINH und Cáceres' Familie die vollständige Aufklärung des Verbrechens und die Verurteilung aller Beteiligten. Genügende Beweise gegen sie lägen vor, so COPINH in einem Statement. Die Staatsanwaltschaft müsse nun endlich handeln.

Andrea Lammers * amerika21

Weitere Infos: hondurasdelegation.blogspot.com

DIE WELT SIND WIR



Buen Vivir und die Verteidigung von Lebensräumen in Mesoamerika


Über ein Jahr tauschte sich die Karawane Mesoamerika für das Buen Vivir der Menschen im Widerstand mit 17 zumeist indigenen Gemeinden aus, die ihre natürlichen Gemeingüter gegen Monokultur, Wasserkraft-, Windkraft- oder Bergbauprojekte verteidigen.

Sie dokumentierten Konflikte, Widerstands- und Lebensformen der Gemeinden und teilten praktische Erfahrungen in den Bereichen kommunitäre Medien, sachgerechte Technologien, kritische Kartografie, biologische Landwirtschaft uvm.

Zwei Jahre nach ihrer Rückkehr haben sie ein Buch herausgebracht, das Interviews, Recherchen, Reflexionen seitens der caravanerxs, Infografiken, kunstvolle Illustrationen und praktische Anleitungen zu einem lebendigen und reichhaltigen Sammelband von Erfahrungen vereint.

UNRAST VERLAG, 280 Seiten, 16 Euro
unrast-verlag.de/die-welt-sind-wir-detail

graswurzel revolution



Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net

Träume von einem anderen Honduras

Ende Juni, zum 10. Jahrestag des Putsches in Honduras, versammelten sich über 1200 Frauen und 300 Kinder in einer abgelegenen und jungen Gemeinde im Norden des Landes: in Vallecito. Frauen, „die von einem anderen Honduras träumen“, wie es Miriam Miranda formuliert, langjährige Koordinatorin der Garífuna-Organisation OFRANEH, die sich unter anderem für die Landrechte der indigenen Bevölkerung einsetzt. Gerade Frauen sind es, die einen großen Teil der sozialen Bewegungen tragen, die sich seit dem Putsch – aber teilweise auch schon vorher – formiert haben. „Zehn Jahre nach dem Staatsstreich kämpfen wir Frauen weiter gemeinsam. Für ein Honduras ohne Diktatur“, heißt es im Manifest der Rebellischen Frauen, das bei dem Treffen Ende Juni verabschiedet wurde.

Vallecito ist nicht nur eine junge Gemeinde, in der die mit zahlreichen Bedrohungen konfrontierten Garífuna dabei sind, etwas Neues aufzubauen, Ernährungssouveränität herzustellen und von einer künftigen Garífuna-Universität träumen. „Vallecito gehört nicht nur den Garífuna. Es gehört auch den Frauen, die dort waren und der honduranischen Bevölkerung. Es ist ein Beispiel dafür, dass es möglich ist zu träumen und ein anderes Lebensmodell aufzubauen“, erklärte Miranda bei ihrer Preisrede zur Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2019 in Berlin. In den zehn Jahren nach dem Putsch hat sich die Menschenrechtslage in Honduras immer weiter verschlechtert, die Militarisierung der Gesellschaft ist vorangeschritten, zwei Drittel der Bevölkerung lebt in Armut.

Ein Ausdruck der tiefen Krise sind die Karawanen von Tausenden von Migrant*innen, die seit Ende 2018 das Land in Richtung Norden verlassen. Auch aus den Garífuna-Gemeinden im Norden migrieren immer mehr Menschen, weil ihre Territorien und auch ihr Leben in vielfältiger Weise bedroht sind. Dabei bewohnen die afro-indigenen Garífuna die Nordküste schon seit über 200 Jahren, länger also, als der Staat Honduras existiert. Die Organisation OFRANEH tritt seit über 40 Jahren für die Landrechte und kulturellen Rechte der Garífuna ein. Dabei geht es immer wieder darum, die angestammten Territorien und das Recht auf kollektiven Landbesitz gegenüber einzelnen Privatinteressen zu verteidigen. So werden auf indigenen Territorien mit einem Mal Tourismusprojekte installiert, oder Drogenkartelle nehmen sie für ihre Aktivitäten in Beschlag. Der honduranische Staat wäre eigentlich dazu ver-

pflichtet, die indigenen Landrechte zu schützen. Er wurde sogar in zwei Fällen vom Interamerikanischen Gerichtshof verurteilt, den Gemeinden ihre kollektiven Territorien zurückzugeben. „Die Regierung hat nichts getan. Eigentlich ist sie verpflichtet, diese Urteile umzusetzen“, sagt Miranda. Für diejenigen, die sich einfach indigene Gebiete aneignen, sei dieses Nicht-handeln eine Bestätigung. Doch nicht nur beim Schutz der Territorien versagt der honduranische Staat, sondern auch beim Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen. Seit September häufen sich die Morde an Garífuna, unter den Ermordeten sind viele in den Gemeinden organisierte Frauen. Miriam Miranda selbst wurde 2014 kurzzeitig entführt, mutmaßlich mit der Absicht, sie zu ermorden. Sie konnte aber entkommen. Miranda lebt seit Jahren unter ständiger Bedrohung und Kriminalisierung, die Schutzmaßnahmen, die ihr von Seiten des staatlichen Schutzprogramms für Menschenrechtsverteidiger*innen zuteil werden, sind unzureichend bis kontraproduktiv. Umso wichtiger ist es für die Menschenrechtsverteidiger*innen, dass internationale Beobachter*innen den Staat dazu verpflichten, die Menschenrechte einzuhalten.

Jutta Blume

Aufruf zur Solidaritätsreise

Im August 2020 gibt es die Möglichkeit, an einer Solidaritätsreise in die Gemeinde Vallcecito teilzunehmen. Es geht darum, als Menschenrechtsbeobachter*innen internationale Präsenz zu zeigen, in Workshops Wissen auszutauschen und über Vallecito und die Kämpfe der Garífuna an der honduranischen Karibikküste zu berichten. Die vierwöchige Solidaritätsreise findet auf Einladung der Garífuna-Organisation OFRANEH statt und wird initiiert vom deutsch-österreichischen Netzwerk Honduras-Delegation und vom Öku-Büro München. Das erste von drei aufeinander aufbauenden Vorbereitungsseminaren findet vom 13. bis 15. März 2020 in Kassel statt. Auskünfte und Anmeldung bei: elsal@oeku-buero.de

Falls Ihr die Lebensumstände in Honduras auf eine etwas andere Art kennenzulernen möchtet, sei Euch das neue Buch von Jutta Blume ans Herz gelegt: Die Aktivistin – ein spannender und zugleich sehr informativer Thriller, der im November 2019 beim Graft Verlag erschienen ist.


LATEIN AMERIKA
// Die Monatszeitschrift
NACHRICHTEN

PROBE-ABO nur €10,00

Berichte, Interviews, Reportagen ...

zu Politik und Kultur!

www.lateinamerika-nachrichten.de



JUTTA BLUME

Jutta Blume wurde 1972 in Berlin geboren, studierte Landschaftsplanung und Wissenschaftsjournalismus. Sie absolvierte ein Praktikum in Costa Rica und gab in Madrid Deutschunterricht. Längere Reisen führten sie nach Süd- und Mittelamerika. Heute lebt sie als freie Journalistin in Berlin, ein wichtiger Fokus ihrer Arbeit liegt auf den sozialen Bewegungen in Zentralamerika.

DIE AKTIVISTIN
THRILLER

Machtkämpfe und ideologischer Wahn

Die politische Aktivistin Yessica López, die sich für die Rechte der indigenen Garífuna einsetzt, ist verschwunden und niemand in ihrem Heimatort Triunfo in Honduras will darüber reden. Der deutsche Entwicklungshelfer Ulrich, der seiner ehemaligen Geliebten einen Überraschungsbesuch abstatten wollte, kann kaum glauben, wie sehr sich die Region verändert hat. Die honduranische Regierung hat das Gebiet zu einer Sonderentwicklungszone erklärt. Verwaltet wird diese von einem internationalen Expertenkomitee, das die Einheimischen zum Verkauf ihrer Grundstücke zwingt. Die Interessen des Komitees sind undurchsichtig, seine Macht absolut. Das Tropenparadies Honduras wird zur Kulisse eines Albtraums. Als in der Nachbarstadt eine Bombe explodiert, setzt die ultrakonservative Politikerin Amaris Winwright alles daran, Yessica persönlich die Tat anzuhängen. Und Ulrich gerät in eine internationale Intrige unvorstellbaren Ausmaßes.

Graft Verlag, 460 Seiten, 12 Euro
graft.de/service/programm/buchdetails/titel/die-aktivistin/



Kolumbien - Bewaffneter Angriff auf die indigene Selbstverwaltung

5 Tote und 5 Verletzte in Tacueyó, Cauca

Am 29. Oktober 2019 griff eine Gruppe schwer bewaffneter Personen im indigenen Selbstverwaltungsgebiet von Tacueyó im Cauca, Kolumbien, eine Gruppe der Selbstschutzeinheiten Guardia Indígena sowie Mitglieder des obersten Rates des autonomen Gebiets an. Bei dem Angriff wurden fünf Menschen ermordet – das Ratsmitglied Cristina Taquinas Bautista sowie vier Mitglieder der Guardia Indígena. Weitere 5 Personen wurden verletzt.

Laut dem Consejo Regional Indígena del Cauca (CRIC, Indigener Regionalrat des Cauca), in dem sich die von der Bewegung aufgebauten Selbstverwaltungsgebiete und -strukturen auf Ebene des Departamentos Cauca organisieren, waren die Angreifer Teil der „Columna Dagoberto Ramos“. Diese ist eine Abspaltung der ehemaligen FARC-Guerilla, die den 2016 mit der kolumbianischen Regierung geschlossenen Friedensvertrag nicht anerkennt. Stattdessen hat sie sich anscheinend mittlerweile in den Dienst eines Drogenkartells gestellt. Dieses sowie andere bewaffnete Gruppen (Kartelle, Paramilitärs, Guerillas) versuchen seit einem Jahr die strategisch wichtigen Gebiete im Norden des Cauca unter ihre Kontrolle zu bringen. Ihnen ist die indigene Selbstverwaltung dabei im Weg.

Seit Beginn dieses Jahres versuchen sie, durch Morddrohungen, Attentate und die Anwerbung von vor allem Minderjährigen die indigene Autonomie in den Selbstverwaltungsgebieten im Norden des Cauca zu untergraben und die Territorien so unter ihre Kontrolle zu bringen. Für diese und den CRIC insgesamt ist das eine schwere Herausforderung. Die kolumbianische Regierung unter dem rechtsextremen Präsident Iván Duque reagierte auf den aktuellen Angriff mit der Entsendung von 2.500 Soldaten in die Region. Außerdem forderte sie die Selbstverwaltungs- und Selbstschutzstrukturen der indigenen Bewegung auf, mit dem Militär zusammen zu arbeiten und dieses in die indigenen Territorien zu lassen. Die indigene Bewegung wies dies mit dem Hinweis zurück, sie lasse sich nicht von der Regierung in deren Kriegsstrategie hineinziehen, sondern erwarte von der Regierung die Umsetzung ihrer Rechte auf Leben, Frieden, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Die Gewalt ließe sich nicht mit mehr Waffen beenden, sondern mit einer Stärkung ihrer autonomen Strukturen und wirtschaftlichen Alternativen, die die Lebensbedingungen der indigenen Kleinbäuer*innen nachhaltig verbessern.

„Wir indigenen Frauen mussten Widerstand innerhalb des Widerstands leisten“

Frauen in der indigenen Bewegung des Cauca/Kolumbien



Maria, Sandra, Nelly, Yolanda, Luciana und Gloria (v.l.n.r.), Aktivistinnen des Programa Mujer / Foto: Aroma Zapatista

Ein Blick auf die Situation der Frauen innerhalb der indigenen Bewegung im Cauca bietet ein ambivalentes Bild: Die Bewegung ist für sie ein Ort, in dem sie Emanzipation verwirklichen können, in dem sie andererseits aber auch auf Machismo und Barrieren stoßen. Zu Beginn des Treffens des Programa Mujer, der Frauen-Organisation innerhalb der Bewegung, feiern die rund 70 Aktivistinnen eine Zeremonie. Angeleitet von Doña Emelda Jiménez wird den für die Bewegung gestorbenen und ermordeten Kämpferinnen gedacht, ihnen Essen und Getränke dargeboten.

„Sie sind hier bei uns. Ihr Mut und ihre Kraft sollen uns leiten“, sagt Doña Emelda. Mit dieser inneren Stärkung stimmt sich die Gruppe auf das Treffen ein, kommt zusammen. Auch uns haben sie eingeladen. Doña Emelda erklärt uns, wie für sie als Indigene alles miteinander verbunden, alles belebt ist: Pflanzen, Wasser, Menschen, Luft, Tiere, territorio (Gebiet). Aus diesem Verständnis der Welt sei es wichtig, einen guten Ausgleich zwischen all diesen Elementen zu schaffen, alle als Subjekte zu respektieren, die Verbundenheit miteinander ernst zu nehmen – für Harmonie in sich und der Welt zu sorgen.

Eine beeindruckende Bewegung

Das Departamento Cauca liegt im Südwesten Kolumbiens. In den Hängen der Zentralkordillere leben viele indigene Gemeinden. Hier führen (neo)koloniale Ausbeutungsstrukturen zu großer wirtschaftlicher Not. Der bewaffnete Konflikt zwischen kolumbianischem Staat und verschiedenen Guerillas traf die Zivilbevölkerung besonders hart. Drogenkartelle und paramilitärische Gruppen terrorisieren die Bevölkerung bis heute. Besonders Frauen sind von Armut, fehlender Bildung und Gewalt betroffen.

Aufgrund ihrer schwierigen Lage organisieren sich seit 1971 immer mehr der indigenen Gemeinden im Consejo Regional Indígena del Cauca (CRIC, Indigener Regionalrat des Cauca) – mittlerweile rund 260.000 Menschen. Gemeinsam kämpfen sie gegen ihre Diskriminierung als Indigene und die Ausbeutung als Kleinbäuer*innen. Die Bewegung ist zu einer starken Kraft und zu einem Vorreiter für ganz Kolumbien geworden.

Ihr zentraler Pfeiler sind die 94 Resguardos Indigenas (indigene Selbstverwaltungsgebiete), deren Autonomierechte nach langem Kampf durch die kolumbianische Verfassung von 1991 anerkannt wurden. In den Selbstverwaltungsgebieten organisieren die Menschen ihre Verwaltung, sowie Teile ihrer Bildung, Gesundheitsversorgung und Wirtschaft nach eigenen Vorstellungen und unter Beteiligung der Gemeindemitglieder. Das Land ist Kollektivbesitz.

Das Programa Mujer

1993 beschloss die Bewegung die Gründung des Programa Mujer als eigene Abteilung innerhalb des CRIC. „Es wurde gegründet, da die Frauen schon lange Teil der Kämpfe zur Verteidigung der Selbstverwaltungsgebiete waren und gleichzeitig speziell von einigen Problemen betroffen waren,“ berichtet Maria Anaconda vom Programa. „Die Rechte der Frauen sollten bekannt gemacht und verteidigt werden.“ Jedoch treffen Frauen und ihre Anliegen in der Bewegung auch auf viele Widerstände. So erzählt Luciana Velasco, Trainerin des Programa Mujer: „Es war nicht der CRIC, der gesagt hat 'Hier ist ein Raum für die Frauen'. Diese Räume wurden nur durch den Kampf von uns Frauen erreicht.“ Und Nelly Valencia, Koordinatorin des Programa Mujer, ergänzt: „Wegen des Machismo in der Bewegung war und ist es sehr schwer, sichtbar zu werden. Wir indigenen Frauen mussten Widerstand innerhalb des Widerstands leisten.“

Gewalt gegen Frauen

Auf dem Treffen der Frauen wird lange und engagiert diskutiert – zunächst über den Umgang des selbstverwalteten Justizsystems mit der massiven und alltägliche Gewalt, die indigene Frauen im Cauca erleben. Diese geht von externen Akteuren wie Paramilitärs und Drogenkartellen aus, aber auch von Männern aus den indigenen Gemeinden sowie von Verwandten und Ehemännern. Eingebettet ist sie, so die Analyse der Frauen, in die strukturellen Gewaltverhältnisse von Armut, kapitalistischen Marktstrukturen, fehlender Bildung und Rassismus. Gegenmaßnahmen gegen diese umfassende Gewalt bilden einen der Schwerpunkte des Frauenprogramms. Das sich im Aufbau befindende eigene Justizsystem wollen die Frauen stärken, da es das rassistische und korrupte staatliche System ablöst. Gleichzeitig kritisieren sie: Frauen, ihre Erfahrungen und Bedürfnisse werden oft zu wenig mitgedacht. Spezifische Verbrechen, die vor allem Frauen treffen, werden nicht angemessen behandelt. Die Frauen fordern daher, dass ihre Perspektive und Sachverstand stärker einbezogen werden, und sammeln dazu viele konkrete Vorschläge. Auch planen sie, Frauenhäuser einzurichten, um Frauen vor der Gewalt durch Ehemänner zu schützen.

Teilhabe

Ein weiteres Thema des Treffens ist die Beteiligung von Frauen in den Strukturen der Bewegung. Seit den 1970ern sind dort viele Frauen aktiv. Innerhalb der eigenen Strukturen boten sich Frauen erstmals weitgehende Möglichkeiten zur Erlangung von Ausbildungen, Arbeitsstellen und politischen Ämtern. Dennoch fehlt für eine gleichwertige Beteiligung der Frauen in der Bewegung noch viel. „Die Entscheidungspositionen sind fast ausschließlich von Männern besetzt“, berichtet Nelly.

„Im obersten Rat des CRIC sind momentan acht Männer und nur eine Frau. Von den Koordinator*innen der Abteilungen sind nur zwei weiblich. Unter den 126 lokalen Autoritäten sind lediglich 15 Frauen.“ Rosalba Velasco ist als Ratsvorsitzende der Resguardos im Nord-Cauca eine der wenigen Frauen in hohen Ämtern der Bewegung. Sie berichtet: „Die Hälfte des Verwaltungspersonals im Nord-Cauca ist weiblich. Aber wir Frauen sind vornehmlich mit Sorge- und Alltagsaufgaben betraut. Sie besetzen keine Ämter mit Entscheidungskompetenz.“ Ein weiterer Schwerpunkt des Programa Mujer liegt deshalb in Schulungen zur politischen Teilhabe.

Kampf als Frauen, Kampf als Indigene

Es ist ein komplexes Feld, in dem die Frauen für ihre Rechte und Würde streiten: Einerseits wollen sie zusammen mit den Männern gegen den Rassismus, die Ausbeutung und Vernichtung kämpfen, die sie als Indigene und Kleinbäuer*innen erfahren. Andererseits müssen sie sich gegen die Gewalt und den Machismo der indigenen wie der nicht-indigenen Männer wehren. „Wir werden dreifach unterdrückt: dafür Frau zu sein, dafür Indigene zu sein und weil wir arm sind“, fasst Nelly zusammen. Sie betont, dass sie aus dieser Situation heraus einen anderen Weg als den europäisch und urban geprägten Feminismus eingeschlagen haben. Viele Frauen sagen, dass sie sich eine Allianz mit den Männern der Bewegung wünschen. Der gemeinsame Kampf als Indigene wird stärker, so ihr Appell, wenn die Frauen gleichberechtigt teilhaben und respektiert werden.

Diesen Appell betten sie ein in das indigene Weltverständnis – eine zentrale Ressource der Bewegung. In diesem werden Mann und Frau als gleichwertige, aufeinander bezogene Teile eines Ganzen gesehen. Von den Männern fordern sie, dies wirklich zu leben. Passend dazu steht auf einem Poster im Restaurant des Frauen-Programms: „Für die Befreiung der Mutter Erde braucht es Frauen frei von Gewalt“ und „Sex ist eine Umarmung mit Respekt, Zärtlichkeit mit Liebe – Respekt für meinen Körper, mein Land, mein territorio“.

Kaffee Kollektiv Aroma Zapatista

Das Kaffee Kollektiv Aroma Zapatista handelt solidarisch mit Kaffee der Zapatistas und der indigenen Bewegung CRIC aus dem Cauca. Neuerdings bietet es den Espresso „Tierra y Luna“ an. Der Rohkaffee wird von indigenen Frauen aus dem Cauca angebaut. Der Erlös ermöglicht den Frauen mehr wirtschaftliche Eigenständigkeit und kommt außerdem der Frauen-Organisation in der Bewegung zugute.



Brasilien: Der Widerstand der Landlosenbewegung MST



Transparent der MST: "Wir prangern an, dass die drei Staatsgewalten die Agrarreform verhindern!"

Was ist die MST?

Die 1984 gegründete Bewegung der Landarbeiter*innen ohne Boden (portugiesisch Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra), häufig kurz Bewegung der Landlosen (Movimento dos Sem Terra - MST - genannt), ist eine Massenbewegung von über einer Million Menschen in Brasilien, die sich für eine radikale Landreform einsetzt und darüber hinaus auch soziale und politische Forderungen stellt. Da andere Organisationen mit ähnlichen Zielen als zu wenig revolutionär und mit der Regierung zu konformistisch eingeschätzt wurden, erhielt die MST einen starken Zulauf. Sie stieg in der Folge zu einer gesamtgesellschaftlich relevanten sozialen Bewegung auf, die den Anspruch erhob und bis heute vertritt, die Gesellschaft insgesamt verändern zu wollen. Dabei orientiert sie sich an kollektiven Aktions- und Organisationsformen (z.B. Genossenschaften), will die Bedeutung der Arbeit über die des Kapitals stellen und kämpft für soziale Gerechtigkeit und gegen rassistische und sexistische Diskriminierung.

neokolonialen und ultraliberalen Ausrichtung des Wirtschaftssystems. Gleichzeitig ist das Land etwas aus der Schockstarre erwacht und es formieren sich landesweit und auch international Gruppen, die sich nicht nur der Politik Bolsonaros entgegenstellen, sondern auch ein anderes Gesellschaftsmodell vorleben.

Es tagten beispielsweise in Curitiba Vertreter*innen unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen auf einem Kongress zur Agrarökologie, ein Konzept, dass sich die Landlosenbewegung nicht zuletzt seit ihrem letzten landesweiten Kongress 2014 auf die Fahnen schreibt.

Seit Jahresbeginn 2014 sind mehr als 230 Ackergifte durch die neue Regierung genehmigt worden, dabei zeigen gerade auch die Erfahrungen der MST, dass Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz und vor allem auch ein solidarischer Arbeitsansatz durchaus zusammenpassen.

Es bleibt zu hoffen, dass Bewegungen wie die MST es schaffen, einen anderen gesellschaftlichen Diskurs voranzutreiben, ob in ihren eigenen Reihen oder im Dialog mit Anderen in weiteren Teilen der Gesellschaft.

Aus dem Rundbrief der Freund*innen der MST 9 / 2019
<https://mstbrasilien.de/>

Kurzüberblick: Brasilien aktuell

Unzählige Brandherde wüten gerade in Brasilien, und das nicht nur seit einigen Monaten im Amazonasgebiet. Seit Amtsantritt Anfang 2019 steckt der ultrarechte Präsident des Landes Jair Bolsonaro eigentlich fast alles in Brand, was ihm zwischen die Finger kommt. Von den radikalen Kürzungen im Gesundheits- und Bildungsbereich, über das Einstampfen sozialpolitischer Programme, die Verabschiedung der kontrovers diskutierten Arbeitsmarktreform bis zu den Umweltfragen und einer

- TERMINHINWEIS -

Europatreffen der Freund*innen der
brasilianischen Landlosenbewegung MST
21.-22. März 2020 in Halle (Saale)

Marielle Vive: Ein urbanes Zeltlager der MST

Am frühen Morgen des 18. Juli 2019 fährt in Valinhos-SP/Brasilien ein Mann seinen Pick-up absichtlich in eine Demonstration der MST, der brasilianischen Bewegung der Landlosen. Ein 72-jähriger Aktivist aus dem Acampamento *Marielle Vive* steht nicht nur für den menschenverachtenden Kulturkampf unter der Bolsonaro-Regierung, sondern auch für eine neue Erfahrung der MST mit urbanen Besetzungen und verweist auf die Vermittlerrolle von Bewegungen.

Zehn Tage vorher war ich noch dort, im *Marielle Vive*. Ich wollte einem Kollegen einer deutschen Universität die Landlosenbewegung näherbringen. Dazu muss man ein Zeltlager erleben, schlägt doch dort das Herz der Bewegung. „In *Marielle Vive* entstehe etwas Besonderes“, hatte man mir vorab erzählt. Und so fahren wir nach Valinhos, einer Stadt der Industrieregion Campinas im Speckgürtel der Metropole São Paulo. Gleich am Rande der Stadt liegt das Zeltlager, in dem seit April 2017 etwa 1.000 Familien den mehr als widrigen Umständen trotzen. Das Gebiet gehört Eldorado Empreendimentos Imobiliários, einem Unternehmen, das eng mit der lokalen Obrigkeit verbandelt ist. Noch ist das Gebiet als ländlicher Boden ausgewiesen und nicht als urbaner Baugrund, aber auch in Brasilien steigen die Immobilienpreise drastisch und man spekuliert darauf, dort irgendwann ein teures Kondominium (ein ummauertes Villen-Viertel) zu errichten.

Die Bewohner*innen berichten von bewaffneten Motorradgangs, die zur Einschüchterung vorbeifahren. Und nachdem ein im Mai ausgestellter Räumungsbescheid buchstäblich am letzten Tag von einem anderen Gericht in São Paulo kassiert wurde – mit dem Verweis darauf, dass das Gebiet eben nicht seine im Grundgesetz vorgeschriebene soziale Funktion erfülle, stand seit dem 12. August bereits der nächste Räumungsbescheid an – der Ende August kurz vor knapp erneut abgewiesen wurde. Zwischenzeitlich ist es den Aktivist*innen durch Demonstrationen gelungen, Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr sowie Zugang zum örtlichen Gesundheits- und Schulsystem zu erkämpfen. Von lokalen Verbänden und Einzelpersonen wird Nahrung, Kleidung und insbesondere Wasser gespendet. Dennoch, seit nunmehr einem Jahr wird ein öffentlicher Wasseranschluss verweigert. Dieses Ringen zeigt, dass Brasiliens Demokratie auch unter der Regierung Bolsonaro und trotz aller Unzulänglichkeiten unter Bedingungen krasser Ungleichheit lebt: in juristischen Auseinandersetzungen, in zivilgesellschaftlicher Unterstützung oder in Demonstrationen der Marginalisierten. Bei der Straßenblockade, in welche der Pick-up raste, ging es dann auch darum, einen Wasseranschluss einzufordern. Aber, wie diese verstörende Handlungsweise des Pickup-Fahrers zeigt, ist eine neue Dimension zu diesen mehr-oder-weniger-demokratischen Aushandlungsformen hinzugekommen. Hier weckt sie vielleicht Erinnerungen an den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016, dort aber an das Vorgehen gegen die Bewegung der Landlosen in den 1980er Jahren: auch eine der ersten Toten der MST, die junge Mutter Roseli Nunes, wurde 1987 so umgebracht.



Marielle Vive als neue Erfahrung für die MST: Quasi-urbane Zeltlager

So entsteht in Zeiten einer Regierung Bolsonaro der Eindruck, dass Jahrzehnte der (institutionellen) Demokratisierung Brasiliens und des Ringens um mehr Gerechtigkeit durch soziale Bewegungen, in manchen Köpfen keine egalitären Spuren hinterlassen haben, wie auch solche sozialen Ordnungen fragil sind und allzu leicht wieder zunichte gemacht werden können.

Herzlich werden wir von der Leiterin im *Marielle Vive* begrüßt. Vertreter*innen der Jugend-, LGBT- und Frauenkollektive führen uns in dem aufgeräumten und lebhaften Zeltlager herum. Daher der Name „*Marielle lebt*“, denn das, wofür Marielle Franco stand, ist hier Programm. Wie auch diese Besetzung erst im Zuge der landesweiten Politisierung aufgrund der Ermordung der jungen Senatorin von Rio konkrete Züge annahm. Damit steht dieses Acampamento (Zeltlager) exemplarisch für eine neue Erfahrung der MST im Zuge einer ganzen Reihe urbaner Besetzungen, wie es sie auch in anderen Städten (Belo Horizonte oder Curitiba) oder von anderen Bewegungen in den letzten Jahren gab (z.B. der Obdachlosenbewegung, MTST). Zumindest im Südosten Brasiliens kam es nach Jahren kleinerer Besetzungen mit vielleicht 150 Familien jüngst wieder zu großen Besetzungen mit über 1.500 Familien (die MTST hatte in São Bernardo, Mitten in São Paulo, eine Besetzung mit 20.000 Menschen). Es sind quasi-urbane Zeltlager im Spannungsfeld der ruralen und klassenbewussten Tradition der MST, aber auch der neueren, aus den Städten kommenden Kämpfe gegen Rassendiskriminierung und um Geschlechtergleichberechtigung und Anerkennung pluraler Lebensweisen.

Nicht mehr nur der klassische, mittellose Landarbeiter mit Familie, sondern auch eine urban sozialisierte Unter- oder gar Mittelschicht sucht einen Ausweg dort, wo es keine soziale Sicherung gibt und Sie trotz mehrerer prekärer Jobs nicht weiß, ob Sie nächste Woche die krass steigenden Mieten bezahlen kann, während Sie zugleich, oft alleinerziehend, keine Zeit hat, ihre Kinder vor der stetig wachsenden Kriminalität zu bewahren. Es geht bei der MST (heute) nicht mehr (nur) um eine Antwort auf die Landflucht oder eine alternative ländliche Entwicklung. Die meisten Bewohner*innen von *Marielle Vive* arbeiten in der angrenzenden Stadt. Das eigene Stück Land steht hier nicht im Vordergrund – auch wenn es nahebei tolle Beispiele gibt, wie ökologisch produzierte Lebensmittel der

MST in den Städten genügend Abnehmer*innen finden (z.B. *comunas da terra*). Was aber bleibt, ist die Idee, einen Neuanfang in einer aussichtslosen Situation zu ermöglichen und dabei eine Gemeinschaft zu konstituieren, die trägt. Die Lebensbedingungen in einem Zeltlager sind nicht gut – aber Sie hat keine Mietsorgen mehr, ist nicht Allein und hat eine Perspektive. Deshalb, und weil sie mitunter auch schlicht keine Wahl haben, halten die Bewohne*innen Marielle Vives seit einem Jahr durch – auch ohne Wasseranschluss.

Die Gemeinschaften dieser eher urbanen Zeltlager greifen die pluralen Erwartungen modernen Großstadtlebens selbstverständlicher auf. Im Marielle Vive ist das überall zu spüren und zu hören: „Marielle era uma de nós.“ („Marielle war eine von uns.“). Gerade dort müssen – und können – aber auch konkrete Lösungen für die üblichen (Großstadt) Probleme, seien es Drogen oder häusliche Gewalt, gefunden werden. So gibt es eine Gemeinschaftsküche, in der abwechselnd für Alle gekocht wird. Es gibt aber auch eine strikte Ordnung, welche durchgesetzt wird, die lokal Antworten auf die Gewalt gegenüber Frauen und Kindern oder Alkoholproblemen sucht. Auch wird eine eigene Zeitschrift herausgegeben, in der solche Themen angesprochen werden. Aber selbst wenn ein ökologisches Bewusstsein, sowie Frauen- und Kinderrechte oder inzwischen eben auch LGBT-Rechte auf der Führungsebene und im öffentlichen politischen Programm der MST angekommen sind, wird darum im lokalen konkreten Alltag, im Binnenraum der Bewegung, tagtäglich noch gerungen. In ländlichen Regionen mehr, in urbanen Zeltlagern weniger (aber auch). Denn jenseits aller sozialistischen Rhetorik ist die MST im Grunde auch durch den wertkonservativen ländlichen Raum geprägt, in welchem Sie aktiv ist.

Gerne wird sozialen Bewegungen aufgrund eines gemeinsamen Ziels und kollektiven Handlungsformen eine kollektive Identität zugeschrieben. Dabei ist die Differenz, und damit die Aushandlung von gesellschaftlichen Konflikten oder ambivalenten normativen Orientierungen, innerhalb von Bewegungen eher charakteristisch für diese soziale Praxis. Wie im Marielle Vive, hat gerade die MST in Brasilien eine Vermittlerrolle zwischen diesen ‚neuen‘ Kämpfen, ökologischen Debatten, sozialistischen Normen und einem konservativen ländlichen Milieu. Innerhalb einer Bewegung, aufgrund des gemeinsamen Bezugs (aufeinander), werden gerade dort Konflikte aber ausgetragen, bearbeitet oder zumindest ausgehalten, und neue Antworten entwickelt: Menschen verändern sich in Bewegung. Zugleich aber konstituieren Bewegungen wahrnehmbare Außengrenzen, entlang derer sich die unterschiedlichen Positionen vonein-

ander abgrenzen und eher vertiefen. Bezeichnend dafür waren die „Ele Não“-Proteste vor der Wahl Bolsonaros: Je mehr die linken Feministinnen gegen Bolsonaro und für eine vielfältige, aber solidarische Ordnung auf die Straße gingen (und die MST war selbstverständlich mit dabei), desto mehr – so die Wahlanalysen – gewann dieser just unter Frauen der Mittelschicht an Popularität. Sie konnten sich mit den Protestierenden nicht identifizieren, waren aber im Zuge der politisierten Aufmerksamkeit gezwungen, sich bewusst zu positionieren (ähnliche Befunde gibt es auch andernorts, zum Thema Brexit, zum Zusammenhang zwischen der Berichterstattung über Migration und dem Aufstieg der AFD, oder auch als Erklärung der Kommunikationsstrategie von D. Trump). Das Dilemma scheint, dass je mehr die Einen egalitäre Orientierungen einfordern, desto stärker wird die Verteidigung partikularer Interessen für Andere wieder legitim. Aber was bedeutet das? Ein Trans-Pärchen mit Sohn mag auch im Marielle Vive ungewohnt sein, wird jedoch im Binnenraum der Bewegung zunächst akzeptiert und eine intensivere Begegnung auf anderen Ebenen ermöglicht. Aber eine schwarze Lesbe, die auch noch Land besetzt? Da kann man schon mal auf die Idee kommen, mit seinem Pick-up auszurasen, oder? (1)

Wer 2018 den Mord an Marielle Franco in Auftrag gegeben hat, wurde juristisch bisher nicht geklärt. Als junge Schwarze und Verfechterin von Frauen und LGBT-Rechten aus den Randgebieten Rios wurde sie umgebracht, weil sie ein unbequemes Symbol des Widerstandes gegen die herrschende Ordnung und militärische Willkür war. Im Fall von Roseli Nunes, 1987, gab es den Auftrag, die wachsende und sich ausbreitende neue Bewegung anzugreifen, aber es kam nicht einmal zu einer juristischen Aufarbeitung – wie bei den meisten gezielten Anschlägen auf Führungspersonen von Bewegungen im ländlichen Raum Brasiliens. Klar ist aber, dass hinter dem Mord am dem unbekannten 72-jährigen Luiz Ferreira da Costa, aus dem Acampamento Marielle Vive, kein Auftrag steht. Dieser Mord ist Ausdruck eines Kulturkampfes, der in Brasilien tobt – und er ist umso besorgniserregender, weil es als Erklärung nicht einmal ein strategisches Ziel gibt.

Benjamin Bunk

(1) Im begrenzten Rahmen dieses Artikels kann nicht geklärt werden, ob Andersheit, bzw. die bewusste gefühlte Nicht-Identität, allein als Erklärung für solch ein entmenschlichendes Verhalten reicht. Entmenschlichend in dem Sinne, dass der Andere als Mensch, bzw. sein Leben, nichts zählt und es damit jenseits moralischer Vorstellungen zerstört werden kann.

TERMINHINWEIS: Weiterbildungsseminar 20.-22. März 2020

Eine andere Welt ist möglich! - Indigene Selbstverwaltung und Emanzipation in Chiapas (Mexiko) und Cauca (Kolumbien)

Mit den Zapatistas in Süd Mexiko und den im Consejo Regional Indígena del Cauca (Indigener Regionalrat des Cauca) Gemeinden im Südwesten Kolumbiens organisieren sich zwei indigene Bewegungen seit Jahrzehnten in basisdemokratischen Selbstverwaltungsstrukturen. In diesen Strukturen kämpfen hunderttausende Menschen gemeinsam gegen ihre Unterdrückung und Ausgrenzung als indigene Kleinbäuer*innen. Basis ihrer Selbstorganisation sind über Jahrhunderte erprobte und gelebte Gesellschaftskonzepte, die emanzipatorisch praktiziert und erweitert werden. In diesem Zuge haben die Frauen die patriarchalen Strukturen innerhalb der Bewegungen aufgebrochen. Im Seminar lernen die Teilnehmenden die beiden Bewegungen, ihre autonomen Strukturen sowie ihre indigenen-emanzipatorischen Gesellschaftskonzepte besser kennen. Auf dieser Basis reflektieren wir gemeinsam unsere jeweilige politische und Arbeits-Praxis. Abschließend erarbeiten wir daraus mögliche Handlungsoptionen für uns. ★ **Anmeldung und weitere Infos unter: www.pbideutschland.de**

Revolution unter Beschuss - Rojava im Winter 2019/2020



Großdemonstration gegen die Angriffe auf Afrin

Pünktlich zum Newroz-Fest im März 2019 verkündete die internationale Koalition ihren Sieg über den Islamischen Staat im Nordosten Syriens. Nach einer anderthalbmonatigen Schlacht um das Städtchen Baghuz, den letzten Ort unter Kontrolle des IS, war das Kalifat und die Schreckensherrschaft der Dschihadisten Geschichte. Ruhe sollte trotzdem nicht einkehren.

Kaum war die letzte Operation gegen den IS abgeschlossen, wurde das Säbelrasseln aus Ankara wieder lauter. Der türkische Despot Erdoğan drohte mit einem erneuten Einmarsch in das Gebiet der nordostsyrischen Selbstverwaltung, ließ Truppen an der Grenze aufmarschieren und versuchte in Kooperation mit Zellen des IS auch auf andere Weise die Entwicklung Nordostsyriens zu sabotieren. Ein Angriffsziel war die Landwirtschaft. Während von türkischer Seite aus am Wasserstand des Euphrat so stark manipuliert wurde, dass die Bewässerung der Felder enorm erschwert wurde, nutzten die IS-Zellen die Trockenheit des Sommers und entfachten, kurz vor der Ernte, verheerende Feuer auf den Ackerflächen der Region. Auch Bilder von türkischen Soldaten, die sich von der anderen Seite der Grenzmauer aus als Feuerteufel betätigten, machten die Runde. Auch Anschläge auf die Bevölkerung Nordostsyriens und deren Infrastruktur setzten sich fort, zunächst in relativ geringer Anzahl, aber spätestens mit dem Beginn der türkisch-dschihadistischen Invasion ab Oktober 2019, stieg die Anzahl der Anschläge rasant an. Eine Beteiligung des türkischen Geheimdienstes an diesen Anschlägen gilt als sehr wahrscheinlich. Weitere Probleme bereiteten der Selbstverwaltung die Unterbringung und Versorgung der IS-Kämpfer und ihrer Familien.

Zwar wurden die Vertreter*innen der westlichen Staaten nie müde, ihren eigenen Anteil - „maaslos“ übertrieben - am Sieg über den IS hervorzuheben, doch diejenigen, die mit über 10.000 Toten und mehr als doppelt so vielen Verwundeten, den höchsten Blutzoll gezahlt haben, wurden mit diesen Aufgaben allein gelassen. Auch die Rücknahme der eigenen Staatsangehörigen, die sich nun in Gefangenschaft der QSD (Demokratische Kräfte Syriens) befanden, kam den meisten Regierungen nicht in den Sinn. Dabei wurden aberwitzige Gründe vorgeschoben, teils aus Rücksichtnahme auf das türkische Regime, das jedwede diplomatische Anerkennung der Selbstverwaltung als Affront ihm gegenüber begreift, teils aus fremdenfeindlichen Populismus oder der Angst vor selbigem, betrieben von oppositionellen Kräften. Währenddessen starben Kinder an heilbaren Krankheiten, Unterkühlung oder Unterernährung. Wasser auf die Mühlen der Dschihadisten, die - hier vollkommen zurecht - die Verkommenheit der sog. westlichen Wertegemeinschaft anprangerten. Auch ein internationales Tribunal gegen die IS-Kämpfer, das die Selbstverwaltung in Rojava installieren wollte, das - zumindest während der Zeit seiner Arbeit - einen Schutz vor türkischen Aggressionen geboten hätte, fand kaum Unterstützung im Ausland.

Die türkisch-dschihadistischen Banden griffen die Gebiete zwischen Tall Abyad (Gîre Spî) und Serêkaniyê (Ras al-Ain) an, eine taktisch wichtige Region im Herzen Rojavas, mit wichtigen Verbindungsstraßen zwischen Städten wie Qamishlo, Kobanê, Manbij und ar-Raqqa. Insgesamt glich dieser Überfall dem Überfall auf Afrîn im Januar 2018.

Erneut stellte die Türkei eine Armee aus verschiedenen dschihadistischen Milizen auf, die sich aus verschiedenen Ablegern von al-Kaida, ehemaligen IS-Kämpfern und anderen Islamisten zusammensetzt. Wieder bombardierte das NATO-Mitglied Türkei aus der Luft den Weg frei für seine Söldnerbanden, die dann in ihrer bekannten, unmenschlichen Art über die von ihnen eingenommenen Orte herfielen. Wie bereits in Afrîn geschehen, plünderten die Banden die von ihnen eingenommenen Ortschaften aus, misshandelten und ermordeten zurückgebliebene Zivilist*innen. Ebenfalls bekannt ist die offen zur Schau gestellte Barbarei dieser Milizen: War es in Afrîn der Leichnam der YPJ-Kämpferin Barîn Kobanê, den sie entblößt und verstümmelt unter „Allahu Akbar“-Rufen filmten und ins Internet stellten, war es diesmal die Misshandlung und Ermordung der Politikerin Hevrîn Xelef (Hevrin Khalaf), die weltweit für Entsetzen sorgte. Mehrfach kam es dazu, dass den Opfern der Islamisten ihre Smartphones abgenommen wurden und anschließend Videos von Misshandlungen oder ihren Leichen an Angehörige versendet worden sind. Journalist*innen und Rettungskräfte sind ebenso beliebte Ziele der Banden.

Bei den Gefechten verloren hunderte Menschen ihr Leben, Hunderttausende befinden sich auf der Flucht. Darunter auch viele, die bereits aus Afrîn (teilweise davor schon aus dem Shengal) fliehen mussten und nun erneut vertrieben wurden. Menschen, die in ihren Orten zurückgeblieben sind, wurden gezwungen, ihre Häuser zu übereignen, Menschen, die den Besatzern nicht genehm sind, erhalten keine Möglichkeit, an ihre Habseligkeiten zu gelangen, geschweige denn in ihre Häuser zurückzukehren. Wie auch in Afrîn geschehen, hat die Ansiedlung dschihadistischer Familien begonnen und eine von der Türkei kontrollierte Zwangsverwaltung wurde errichtet. Darüber hinaus existieren Pläne zur Zwangsansiedlung von Syrer*innen, die vor dem Krieg in die Türkei geflohen sind. Es steht zu befürchten, dass sich an diesen Zuständen in absehbarer Zukunft nichts ändern wird.

Ebenso wie beim Überfall auf Afrîn erhielten die Türkei und ihre Söldnerbanden tatkräftige Unterstützung aus Deutschland: u.a. mit Gewehren von Heckler & Koch, Transportern von Mercedes und „Leopard“-Panzern griffen sie Rojava an. Mindestens ein „Leopard 2“ befand sich dabei in den Händen der Miliz Jaish al-Islam, die für schwere Verbrechen während ihrer Herrschaft über die syrischen Städte Douma und Ost-Ghouta bekannt ist. Zu all dem schweigt die Bundesregierung wieder einmal, hat angeblich keine Informationen, etc. Öffentlichkeitswirksam

wurde ein Exportstopp für Rüstungsgüter an die Türkei verkündet, der allerdings mit so vielen Ausnahmen und Einschränkungen versehen ist, dass er - gewolltermaßen - vollkommen wirkungslos ist. Dafür wurde die Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung in Deutschland wieder verschärft, um in Ankara bloß keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, auf welcher Seite die Bundesregierung steht.

Durch den amerikanischen Truppenabzug und die damit verbundene Bedrohung durch die türkische Aggression, war die Selbstverwaltung Nordostsyriens dazu gezwungen, Russland und das Assad-Regime um Hilfe zu bitten. Zwar fanden bereits zuvor schon immer Verhandlungen zwischen Selbstverwaltung und Damaskus über eine Nachkriegsordnung statt, durch den amerikanischen Abzug hat sich die Verhandlungsposition für die Selbstverwaltung aber enorm verschlechtert und sie musste Zugeständnisse machen, die unter anderen Bedingungen nicht denkbar gewesen wären.

Auch wenn sich (außer in militärischen Fragen) bisher nicht viel verändert hat, ist zu befürchten, dass das Assad-Regime seine Herrschaft über die Gebiete der Selbstverwaltung Stück für Stück wiedererlangen könnte. Im Zweifel wird halt wieder mit dem Knüppel „Türkei“ gedroht. Russland ist derzeit um gute Beziehungen zur Türkei bemüht, betreibt gemeinsame Pipeline-Projekte, möchte sie aus der NATO herauslösen. In Nordsyrien veranstalten sie gemeinsame Patrouillenfahrten, die von verärgerten Zivilist*innen mit Steinen, Schuhen, Farbbomben und Molotow-Cocktails beworfen wurden. Assad, der seine Kontrolle über ganz Syrien wiederherstellen möchte, hat genauso wie Erdoğan, kein Interesse an einer kurdischen Selbstverwaltung und es ist wahrscheinlich, dass unter russischer Vermittlung eine gemeinsame Lösung gefunden wird. Ob diese Lösung auch die bereits von türkisch-dschihadistischen Kräften besetzten Gebiete umfasst, kann jedoch bezweifelt werden. Ohne eine solche Lösung besteht natürlich die Gefahr, dass die Türkei sich nach bekanntem Muster nach und nach weitere Teile Rojavas einverleibt.

Auch wenn die Zukunft der Selbstverwaltung Nordostsyriens und der Charakter einer Nachkriegsordnung Syriens ungewiss sind, so hört man vielerorts selbstbewusst, dass es ein Zurück zu dem Syrien, wie es vor dem Bürgerkrieg existierte, nicht geben werde. Dafür sei zu viel passiert, die Gesellschaft sei eine andere.

Bernhard Iner, Perspektive Rojava * www.muenster.org/rojava/



Von den freien Bergen Kurdistans bis in den Südosten Mexikos: Auf dem Weg zu einer revolutionären Kultur des globalen Freiheitskampfes

Brief von Bager Nûjiyan (Michael Panser) an die EZLN zum 35. Jahrestag ihres Bestehens

In einer Zeit der Ungewissheit und des Chaos beginnt der Geist der Revolution wieder umzugehen, und es beginnt eine Zeit, in der die Kraft der Imagination dem Kampf eine neue Hoffnung eingeben kann.

Die zwei Zeiten der Revolution sind lebendig, stellen unsere Bewegung dar, unsere Geschichte, die sich fortsetzt. Die eine Zeit, das ist die lange Linie des Freiheitskampfes für eine freie Gesellschaft, die mit Marx begann, die Linie der sozialistischen Utopie, des langsamen, geduldigen Wachsens, ein Sammeln von Erfahrung und Bewusstwerdung. Die andere Zeit, das ist die Zeit des Aufstands, der Moment des Kampfes, der Sekundenbruchteil der Geschichte, in dem alles möglich ist und der die kommende Welt vorwegnimmt – unser Augenblick der Freiheit, des Handelns. Diese zwei Zeiten bilden eine Einheit, unsere Einheit, die zwei Seiten unserer Geschichte, unseres Weges. Es sind diese beiden Pole unserer Bewegung: die Linie historischer Gesellschaftlichkeit, das Erbe von neolithischer Kommunalität und prophetisch-philosophischer Wahrheits-suche auf der einen Seite, und die schöpferische Kraft der Ereignisse auf der anderen Seite, die zuletzt im Aufstand von 1968 für einen Moment die herrschende Wirklichkeit zutiefst erschütterte – ein Aufstand, der nicht vorbei ist, sondern der als geheimes Feuer bis heute leuchtet und der Anfangspunkt einer neuen Linie des Kampfes geworden ist. Diese Linie verbindet Welten, Zeiten, erschafft Verbindungen von Vietnam bis Mexiko und Kurdistan, denn wir alle sind die Kinder dieses Moments der Hoffnung.

Die großen Felder des Kampfes sind abgesteckt, die unser Jahrhundert bestimmen werden. Es ist ihre Vernunft, die Vernunft ihres Systems, die heute mehr denn je gesellschaftliches Leben, Leben auf diesem Planeten überhaupt bedroht. Es ist die Vernunft des dominanten Mannes, die positive Vorstellung des rationalen Geistes, der sich die Natur unterworfen hat und diese Welt nach seinem Willen formt – männliche Schöpfung der Macht. Nicht erst durch die Verwüstung unseres Planeten und durch das Grauen des industriellen Massenmords durch den Faschismus haben wir schmerzhaft erfahren müssen, wohin die Herrschaft der uneingeschränkten Vernunft führen kann, einer patriarchalen Vernunft, der kalten Rationalität des weißen Mannes, die sich der „wilden Natur“, den „primitiven Gesellschaften“ und dem Weiblichen gegenüberstellt. Wir wissen, dass diese Vernunft, die zerteilt, analysiert, in Klassen und Hierarchien spaltet, lebendige Vielfalt zersplittert und in tote Objekte und Rohmaterial verwandelt, nicht die Höhe menschlicher Kulturschöpfung ist, sondern deren Ende; nicht die fortschrittliche Gesellschaft, sondern deren Zerfall. Es ist unsere Utopie der freien Gesellschaft gegen ihre Herrschaft von Nationalstaaten, von Kapitalismus und industrieller Ausbeutung; gegen die Vereinzelung und die Herrschaft des Geldes unser demokratischer Konföderalismus, der die Kommunen verbindet. Gegen ihre Kulturlosigkeit,

Assimilation und Genozide, gegen die Ausbeutung, Zerstörung und Entfremdung unsere Kultur des Lebens, den Geist der Kommune, unsere weltweite Partei, unser Partei-ergreifen. Worum es geht, ist die Entfaltung einer demokratischen Kultur, die diese Gedanken mit Leben füllen. Denn die freie Gesellschaft ist keine abstrakte Idee, sondern unsere konkrete Art zu leben, unsere Art und Weise, wie wir uns alltäglich mit dem Kampf und der Utopie verbinden. Unsere Kultur ist Bedeutung, ist Leben, ist Kreativität, ist Bewusstwerdung, Empathie und Verstehen; sie ist Suche, ein Prozess des Handelns, des Innehaltens, des Kritisierens, des Überwindens. Unsere Kultur ist Selbstorganisation, Selbstverteidigung, ein gemeinsames Kämpfen, tägliches Erschaffen – ein Zurückweisen-und-Erschaffen, gesellschaftliche Tätigkeit jenseits von Verwertung und toter Arbeit. Widerständische Kultur muss heute in der radikalen Ablehnung dieser kapitalistischen Moderne ihren Anfang finden, im Bewusstsein und Willen uns unsere Leben anzueignen – ein Zurückweisen-und-Erschaffen. Der Mensch, das ist für uns nicht ein einzelnes Individuum, und sicherlich nicht der einzelgängerische Mann. Wir wissen, dass der Mensch Gesellschaft ist, kommunales Leben, organisiert um die Frau, Gewissen und Gleichheit, ein Fühlen-und-Denken, ein gemeinsames Arbeiten-und-Kämpfen, Leben in Würde. Wir sind Kinder der Mutterlinie, der Kultur der Muttergöttin, die Natur ist, die Gesellschaft ist, die Leben ist, die Einheit ist – ein Wachsen, ein Enden-und-Werden, eine Tiefe, Erfahrung und Weisheit, ein Begehren, das nicht erlischt. Diese Kultur ist Mythos, ist Wissen, und sie ist Jahrtausende Jahre älter als das System, das uns gegenübersteht. Sie ist so utopisch wie die Kraft unserer Phantasie und so real wie der Widerstand der historischen Gesellschaften, der Hexen, der Sklaven, der Propheten, der kommunalen Bewegungen aller Zeitalter, so entschlossen wie die Kämpfe der Arbeitenden, so dynamisch wie '68, unterirdisch-fließend und würdevoll wie die Aufständischen irgendwo im Süden Mexikos, von Liebe und Wut getragen wie die Guerilla in den freien Bergen; so schüchtern und klar in ihrer Bedeutung wie die tastende Suche nach einer anderen Welt...

Es ist richtig, dass wir uns im Krieg befinden, aber es ist nicht der Krieg, der uns besiegt. Wir verlieren im Leben, wenn wir es nicht schaffen, eine Kultur des Widerstands und des selbstbestimmten Lebens zu entwickeln. So, wie auch die Guerilla nicht nur die Kraft der Verteidigung eines Gebietes oder des nackten Lebens ist; sie ist Verteidigerin der Gesellschaft, und Trägerin einer Kultur des freien Lebens, der Verantwortung und Bedeutungsgebung, eine Kraft der Kreativität. Dies ist auch der Grund, der die EZLN zum Symbol der Suche nach einem anderen Leben gemacht hat und Freiheitssuchende auf allen Kontinenten inspiriert hat. Am Neujahrstag begehen die Widerständischen der EZLN den 25. Jahrestag ihres Aufstands der Würde. Ihr Kampf und unsere Kämpfe sind eins, unteilbar, Teil einer globalen Revolution, die in diesem Sinne eine Kulturrevolution ist: der Kampf um eine andere Art zu leben.

Es ist Zeit für ein neues Bündnis. Gegen ihre Kapitalistische Moderne eine neue Kultur der Diplomatie, eine Internationale der Hoffnung, die ein demokratisches Zeitalter, eine demokratische Moderne ermöglicht.

Dezember 2018,
Medya-Verteidigungsgebiete, Südkurdistan.

Erläuterungen zum Brief

Michael Panzer hatte sich 2017 der Guerilla in den freien Bergen Kurdistans angeschlossen, wo er den Namen Bager Nûjîyan annahm. Am 14.12.2018 wurde er bei Luftangriffen des türkischen Militärs getötet.

Bager Nûjîyan war ein Revolutionär und Internationalist, der die Suche nach wahrer Freundschaft und tiefer Liebe zu den Menschen in seinem Herzen trug. Er bereiste die Welt, wollte verstehen, lernen und verändern. Dabei knüpfte er Kontakte zu den Zapatistas und die Schriften und Reden von Comandanta

Ramona und Subcomandante Marcos wurden fester Bestandteil seines Lebens. Mit dem Ziel, eine wirklich revolutionäre Perspektive für Europa zu entwickeln, übersprang er die Steine, die ihm tagtäglich in den Weg gelegt wurden und auch jene, die er sich selbst in den Weg legte. Ihm wurde klar, dass Wissen allein nicht genügt, er müsse in sich selbst eine revolutionäre Persönlichkeit aufbauen, um auch in anderen Menschen die schlummernde Flamme der Revolution zum Aufblühen zu bringen. Seine Reise nach Kurdistan war das Ergebnis einer langen Suche und der Beginn einer neuen Stufe von gelebtem Internationalismus. Die Grundsäulen der kurdischen Freiheitsbewegung wurden auch zu Grundfesten seines Denken und Handelns. Die Einswerdung der Befreiungskämpfe unserer Zeit war für ihn längst keine Utopie mehr. Nun liegt es an uns, seinen Kampf fortzutragen.

Şehîd namirin – Die Gefallenen sind unsterblich – Hasta la victoria siempre.

Eine Weggefährtin, Freundin und Genossin

Globale Solidarität mit Rojava

Hunderte Akademiker*innen, Aktivist*innen und linke Organisationen (darunter auch der CNI aus Mexiko) haben sich in einer gemeinsamen Erklärung mit Rojava solidarisiert und die türkische Invasion in Nordsyrien verurteilt: „Rojava zeigt uns, dass wir uns nicht mit der Barbarei der Gegenwart abfinden können.“

Die Unterschriftenkampagne wurde von Studierenden in Mexiko gestartet und der Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan, Frieden in Kurdistan“ unterstützt. Die türkischen Angriffe haben bereits Dutzende von Zivilisten getötet und Hunderte verletzt, nachdem Präsident Recep Tayyip Erdoğan den Angriff auf Nord- und Ostsyrien angeordnet hatte. In einer „Solidaritätserklärung an das kurdische und nordsyrische Volk im Widerstand“ verurteilten die Unterzeichnenden die Angriffe und betonten die Bedeutung des kommunalen und antikapitalistischen Prozesses in Rojava:

Solidaritätsschreiben an die kurdische und nordsyrische Bevölkerung im Widerstand

Angesichts des von den Präsidenten Donald Trump (USA) und Recep Tayyip Erdoğan (Türkei) forcierten Rückzugs der US-Truppen aus Nordsyrien und militärischen Invasion gegen Rojava und die freien Völker dieses Gebiets, die dieses Abkommen zulässt, halten wir es für notwendig und dringend, Folgendes zu erklären:

1- Rojava ist der erste Versuch eines antikapitalistischen politischen Projekts im Mittleren Osten, das auf dem Demokratischen Konföderalismus und auf einer alternativen Vision der Lebensorganisation basiert, die auf nicht-etatistischer Autonomie, Selbstbestimmung, direkter Demokratie und dem Kampf gegen das Patriarchat aufbaut. Die Autonomie von Rojava ist die Utopie einer möglichen Welt, in der Interkulturalität, eine andere und virtuose Beziehung zwischen den Geschlechtern und Respekt vor Mutter Erde täglich aufgebaut werden. Rojava zeigt uns, dass wir uns nicht mit der Barbarei

der Gegenwart abfinden können.

2- Die erste Errungenschaft dieser Autonomiekämpfe war die Eindämmung des IS und seines Fundamentalismus. Nun schwächt dieses Abkommen die Bemühungen der kurdischen Verteidigungskräfte und greift die bemerkenswerten Errungenschaften an, die die YPG und YPJ bisher erreicht haben, indem sie sich erfolgreich dem Terror des Islamischen Staates in Syrien gestellt haben.

3- Der Krieg gegen die Autonomie von Rojava angesichts des Scheiterns des syrischen Staates ist seit Jahren systematisch organisiert; territoriale Angriffe und Invasionen waren die Regel. Mit dem Abzug der US-Streitkräfte von der türkisch-syrischen Grenze steigt das Ausmaß der Bedrohung an, die kriegsähnliche Feindseligkeit des türkischen Staates gegen diese Bemühungen um eine demokratische Welt wird zur konkreten Möglichkeit der ethnischen Vernichtung.

Deshalb bringen wir als Unterzeichner*innen dieses Briefes - unsere Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes und der Völker Nordsyriens zum Ausdruck und erklären unseren Zorn gegen diese neue Welle kapitalistisch-patriarchaler Aggression durch den türkischen Staat, der unter dem Schweigen und/oder der Mitschuld der Europäischen Union und internationalen Organisationen wie der NATO und der UNO stattfindet. Diese Institutionen zeigen, dass Menschenrechte nur dann gültig sind, wenn sie dem Recht des Marktes gehorchen.

Rojava zu verteidigen bedeutet, all jene Kollektive zu verteidigen, die täglich gegen die kapitalistische Barbarei kämpfen, nicht nur im Mittleren Osten, sondern in vielen Teilen der Welt. Dieser Brief ist ein Schrei der Wut, der Empörung und der Solidarität mit unseren kurdischen Schwestern und Brüdern, die für andere mögliche Lebensweisen kämpfen.

Es lebe das Leben! Es sterbe der Tod! Rojava ist nicht allein!

13. Oktober 2019

Indonesien: Umweltfreundliche Monatsbinden? Do it yourself!



Teilnehmer*innen eines Workshops zum Nähen von waschbaren Binden

Indonesien: Aktivist*innen aus Yogyakarta klären über die Gefahren von Plastik und Chemikalien in Menstruationssbinden auf und werben für waschbare Stoffbinden. In Workshops geben sie ihr Wissen an Frauen weiter und nähen mit ihnen gemeinsam farbenfrohe und umweltfreundliche Alternativen zu herkömmlichen Einwegbinden.

Frauen haben im Laufe ihres Lebens etwa 500 Mal ihre Tage. Benutzen Frauen herkömmliche Hygieneprodukte sind sie in dieser Zeit einem Chemikaliencocktail ausgesetzt, der über die empfindliche Vaginalschleimhaut in den Körper übergehen und dort dauerhafte Schäden anrichten kann. Kunststoffe, Weichmacher, Formaldehyd, Dioxin, Pestizide – all das findet sich in herkömmlichen Binden und Tampons. Da diese Hygieneprodukte Plastik enthalten, in Plastik verpackt sind und in großer Zahl verwendet werden, sorgen ihr Verbrauch und der daraus entstehende Müll für dieselben Probleme, die alles Plastik verursacht. Es verschwindet nicht einfach. Seine Überreste umgeben uns allerorten.

Dabei gibt es Alternativen wie Menstruationstassen und waschbare Stoffbinden. Letztere werden nach Benutzung einfach mit kaltem Wasser ausgespült und dann mit der Wäsche gewaschen. Sie haben den Vorteil, dass Frau sie selbst nähen kann und sich dabei in Haushalten bereits vorhandene Stoffreste wieder verwenden lassen. Drei Aktivistinnen aus Indonesien zeigen Frauen in speziellen Näh-Workshops, wie das geht. Die Umweltaktivistin Westiani Agustin (Ani) ist Gründerin des Labels Biyung, das Stoffbinden produziert. Mita und Mila sind Mitglieder des anarcha-feministischen Kollektivs Needle 'n Bitch (NNB), das geschützte Räume für Frauen bietet, emanzipatorische Aufklärungsarbeit leistet und den Kampf um Frauenrechte mit DIY verbindet. Im Kollektivhaus von NNB werden von vielen Händen an mehreren Nähmaschinen Tote-Bags, Taschen, T-Shirts und Monatsbinden aus Stoff genäht.

Warum und seit wann setzt ihr euch für die Nutzung und Verbreitung waschbarer Stoffbinden ein?

Mita: Meine Großmutter erzählte mir immer, dass sie sich früher mit Handtuch- und Stoffresten geholfen habe. Doch ich kannte lange nichts anderes als die handelsüblichen und

vermeintlich alternativlosen Einwegbinden und Slipeinlagen. Inzwischen nenne ich sie „Müll-Binden“. 2014 wurde ich krank, meine Scheide schmerzte und juckte und ich musste im Krankenhaus behandelt werden. Dort sagte mir eine Ärztin, ich solle besser keine Binden/Slipeinlagen mehr verwenden, da sie viel Chemie enthielten, was sich dauerhaft schädlich auf meine Gesundheit auswirken könne. „Warum setzt ihr euch als Mediziner*innen dann nicht dafür ein, dass sie verboten werden?“, fragte ich. „Weil sich die Unternehmen und die Regierung um unsere Ratschläge nicht scheren“, sagte die Ärztin. Das machte mich wütend und ich beschloss, dieses Zeug einfach nicht mehr zu verwenden.

Ani: Ich benutze seit 2013 waschbare Binden. In Yogyakarta kannten das damals nur wenige Menschen. Deshalb dachte ich darüber nach, Stoffbinden selbst zu produzieren und zu verkaufen. Dabei waren auch meine heranwachsenden Töchter einbezogen, die ich zu der Zeit per home schooling unterrichtet habe. Sie hatten sich ein Projekt vorgenommen, bei dem sie zu Hause etwas herstellen wollten, das für Frauen nützlich ist. Sie suchten sich die Stoff-Monatsbinden aus.

Wie seid ihr auf das Problem Plastik in Monatsbinden und das daraus folgende Aufkommen von Müll aufmerksam geworden?

Ani: Ich bin seit 20 Jahren in der Umweltbewegung aktiv, dabei wurde mir immer mehr klar, dass alle Umweltprobleme mit unserem Konsum zu tun haben. D.h., wenn wir weniger Müll wollen, müssen wir weniger Dinge konsumieren. Darüber müssen wir nachdenken, bevor wir was einkaufen. Das Gleiche gilt für Menstruationsprodukte. Wir benötigen davon regelmäßig so viel, dass dies enorme Mengen Müll produziert. Dem entgehen wir nur, wenn wir uns für wieder verwendbare Produkte entscheiden.

Habt ihr den do-it-yourself-Ansatz des Binden-Nähens vor allem aus Umweltaspekten gewählt oder spielen feministische Fragen des self empowerment auch eine Rolle?

Mila: Selbstverständlich. Sich seine Binden selbst herzustellen, heißt, sich auf selbständige Weise mit den Bedürfnissen des eigenen Körpers für eine gesunde Menstruation auseinander zu setzen. Außerdem kann die Fähigkeit des selber Nähens die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen als Einzelpersonen und auch als Gruppen erhöhen.

Würdest Du sagen, dass das Bewusstsein für die Umweltfolgen von Plastikmüll in Indonesien wächst?

Ani: Ja. Es gibt einen Trend zu einem „grünere“ Lebensstil, es gibt zero-waste-Bewegungen und sie üben einen Einfluss auf die indonesische Gesellschaft aus. Es gibt inzwischen in Jakarta, Bandung, Yogyakarta und Surabaya Unverpackt-Läden. Die #zerowaste-Gruppen wachsen und veranstalten immer mehr Workshops und Festivals. Auch einige Regierungsbehörden haben inzwischen Regeln, dass in ihren Büros keine Plastikverpackungen mehr verwendet werden dürfen. Sicher wirkt Vieles erst mal wie ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber es gibt an vielen Stellen Signale von Bewegungen, die sich für eine Reduzierung unseres Plastik-Konsums einsetzen.

Interview und Übersetzung aus dem Indonesischen: Anett Keller

- Alternativen stellen sich vor -

Wendland: Im Freien Fluss



Seit 2013 gibt es die wendländische Saatgutbörse, ein Ort, wo selbsterzeugtes ökologisches Saatgut frei miteinander geteilt wird

Seit einigen Jahren existiert im Wendland ein Netzwerk von links und unten, das mit einem tauschlogikfreien Ansatz experimentiert

Es ist Winter und wie jedes Jahr im Januar zieht die Holzkarakawane durch's Wendland. Auf einem Hof in Lemgow arbeiten zwei Wochen lang zahlreiche Leute draußen in der Kälte. Sie sägen, hacken und stapeln Holz – unterstützt vom *Freien Fluss*. Mal kommt wer aus Beesem, mal eine aus Schwiepke. Manche arbeiten mehrere Tage mit, andere kochen für Alle. Je nachdem wer gerade Lust und Zeit hat. Sind die zwei Wochen um, geht's weiter zum nächsten Ort, mit allen möglichen Geräten und Werkzeugen. Im Freien Fluss wird geteilt was Leute können und machen, ganz solidarisch, ohne Aufrechnen: Wenn Noëll für Stella ein Poster gestaltet, dann muss sie ihr dafür kein Geld bezahlen und auch nicht im Tausch am Wagen mitbauen, aber Noëll kann beispielsweise Saft aus der Mosterei bekommen. Die Leute dort helfen im selbstorganisierten Gasthof mit. Der wiederum bekommt jede Woche sein Gemüse aus den SoLaWis (Solidarische Landwirtschaft).

„Der freie Fluss findet im Alltag der Menschen statt, die sich hier selbst organisieren wollen und Lust haben, mit der Idee einer nichtkommerziellen Form des Wirtschaftens zu experimentieren.“ erzählt Anja. „Dabei bringen wir unsere Fähigkeiten, Leidenschaften, Erfahrungen und unsere Körperkraft ein. Projekte bringen Werkzeuge, Geräte, Maschinen, usw. ein. Ob es um eine Fritteuse, einen Anhänger oder eine Backstube geht, alles wird miteinander geteilt ohne eine konkrete

Gegenleistung zu verlangen. Wir sind Teil eines Netzes in dem Alle geben was sie können, und bekommen was sie brauchen, so fern es ausreichend vorhanden ist.“ Begonnen hat der Freie Fluss in der InterKom, dem Zusammenschluss der Kommunen im Wendland. Seit einigen Jahren gibt es eine eigene Struktur dafür. Diese ist vom Kleinen zum Großen aufgebaut. Zentral ist dabei das monatliche Delegiert*innen-Treffen. Durch die Öffnung ist das Projekt deutlich gewachsen, so gibt es neben einer Backgruppe und einer Tofucrew jetzt auch eine Gruppe, die eine Ölmühle betreibt. Das Land zum Anbau der Ölkürbisse wird dabei ebenso aus dem Freien Fluss zur Verfügung gestellt wie der Traktor, der sie einsät. „Es wäre gelogen zu behaupten, all das würde einwandfrei ablaufen.“ sagt Elsa. „Es kommt immer wieder vor, dass bestimmte Arbeiten an den selben Leuten hängen bleiben, dass manchmal kaum jemand zum Treffen kommt oder die Plena lang und zäh sind. All das gehört halt dazu, wenn Menschen etwas ausprobieren, von dem keine genau weiß, wie es funktioniert.“

Ziemlich entscheidend für all das ist das Vertrauen zueinander, und das entsteht unter Anderem dadurch, dass sich Leute kennen lernen, austauschen, miteinander bauen, im Gasthof abwaschen oder Äpfel sammeln.

„Unsere Entscheidungen treffen wir im Konsens, und legen dann auch gleich einen Zeitpunkt fest, an dem wir uns anschauen, ob diese Entscheidung für uns so funktioniert hat. Dadurch sind wir in der Lage, bindende Entscheidungen zu treffen, und gleichzeitig offen dafür, aus den Erfahrungen in der Praxis zu lernen.“ erklärt Elsa und fährt fort: „Im Mittelpunkt unseres Handelns steht das Beitragen zur Gemeinschaft, und dabei ist es enorm wichtig, sich auf einander zu beziehen, statt sich der Konkurrenzlogik hinzugeben. Wir wehren uns dagegen, von kapitalistischen und staatlichen Zwängen vereinnahmt zu werden und wenden uns gegen die Anhäufung von Reichtum und Besitz.“

Bei all dem kommt es natürlich auch immer mal wieder zu Konflikten. Auch dafür gibt es eine Struktur: Seit einiger Zeit begleitet eine Gruppe Menschen in herausfordernden Situationen. Auch das löst nicht mal eben so alle Probleme, aber diejenigen, die das Angebot angenommen haben, waren dankbar für die Zuwendung und Unterstützung, die sie erfahren haben.

Wenn ihr mehr über den Freien Fluss erfahren wollt, Interesse an Austausch, Seminaren, Workshops, Vorträgen oder einem Schnupperwochenende habt, ladet uns ein oder schreibt uns einfach an: autonomes-wendland@riseup.net

- Alternativen stellen sich vor -

ROSA - Rätedemokratie organisieren, Solidarität aufbauen



Unser Ziel ist eine Welt, in der Menschen frei von Herrschaft und Ausbeutung nach den Werten der Würde, der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung, der Ökologie, der Freiheit und in Basisdemokratie und Solidarität zusammen leben. Dafür streben wir eine Selbstorganisation der Gesellschaft von unten in Räten an. Weltweit kämpfen Menschen für dieses Ziel

einer besseren Welt ohne Kapitalismus und Patriarchat, welche wir nur gemeinsam als internationalistische Bewegung verwirklichen können. Internationalismus bedeutet für uns einerseits die praktisch-solidarische Unterstützung und das Lernen von emanzipatorischen Kämpfen weltweit. Andererseits müssen wir in der BRD selbst eine gesellschaftliche und gesellschaftsverändernde Praxis mit revolutionärer Perspektive aufbauen, um den kapitalistischen Imperialismus auch unmittelbar in seinen Zentren anzugreifen.

Vor diesem Hintergrund entwickeln wir in einem münsteraner Stadtteil eine Praxis, die wir revolutionäre Stadtteilarbeit nennen. Unser Fokus liegt dabei zunächst auf prekären Stadtvierteln. In der aktuellen Phase geht es uns darum, Individualisierung und Vereinzelung aufzuheben, gemeinsame Interessen sichtbar zu machen, solidarische Beziehungen aufzubauen und Prozesse der Selbstermächtigung zu ermöglichen: Durch militante Untersuchungen und Gespräche mit den Anwohner*innen haben wir über die massiven Probleme mit einem großen Immobilienkonzern im Viertel erfahren. Daraufhin haben wir mit einigen Mieter*innen erste Treffen organisiert und uns über die Probleme und mögliche Aktionen ausgetauscht. Wir haben mit den Nachbar*innen Forderungen an den Konzern entwickelt, die bei einer Nachbarschaftsversammlung als gemeinsame Forderungen der betroffenen Mieter*innen beschlossen wurden. Um den Druck zu erhöhen, haben viele Nachbar*innen Unterschriften für die Forderungen gesammelt.

Daneben haben wir begonnen Frauenbefragungen durchzuführen, in denen das Bedürfnis nach einer expliziten Frauengruppe und einer feministischen Organisation im Viertel deutlich wurde.

Darauf aufbauend haben wir erste Frauencafés veranstaltet, die dem Austausch von Erfahrungen und der Entwicklung gemeinsamer Perspektiven dienen. Ebenso führen wir politisch-kulturelle Veranstaltungen durch wie z.B. Filmabende, Picknicks oder Cafés.

Als radikale Linke sehen wir, dass schlechte Wohnungen, Armut, Geschlechterungerechtigkeit, niedrige Löhne, Überforderung, Entfremdung, die Zerstörung der Umwelt, staatliche Gewalt und viele weitere soziale und ökologische Probleme Ausdrücke eines globalen patriarchalen und kapitalistischen Systems sind, welches im Alltag von uns allen spürbar wird. Uns geht es darum, durch langfristige und kontinuierliche Arbeit im Stadtteil ein Bewusstsein über diese Zusammenhänge zu schaffen und kämpferische Prozesse der Selbstorganisation anzustoßen.

Diese politisierenden Prozesse, in denen Menschen merken, dass andere Beziehungen möglich sind und Solidarität und Selbstwirksamkeit erfahrbar werden, bilden für uns die Grundlage dafür, kollektiv für eine grundlegende Alternative zum bestehenden System zu kämpfen. Dafür betrachten wir Stadtteile als eine geeignete Größe demokratischer Selbstverwaltung.

Wenn wir einen revolutionären Wandel anstoßen und durchsetzen wollen, der im Alltag der Menschen beginnt und von einem Großteil der Gesellschaft selbst getragen wird, sehen wir eine Notwendigkeit für diese Form linksradikaler Basisarbeit. Nichtsdestotrotz begegnen uns in der Praxis und viele Fragen, die nicht isoliert in einem Stadtviertel oder in einer Gruppe beantwortet werden können. Dieser Ansatz bedarf somit eines größer gedachten, überregionalen Prozesses, in dem sich diejenigen zusammenschließen, die sich kollektiv mit der Verbindung von Basisarbeit und revolutionärer Perspektive beschäftigen und nach praktischen Antworten suchen. Wir sind voller Hoffnung und Zuversicht, dass wir gemeinsam auch hier in der BRD eine revolutionäre Perspektive für die Gesellschaft aufbauen können, die zeigen wird, dass eine andere Welt möglich ist. Fragend schreiten wir voran. Und wir werden gewinnen!

ROSA – Revolutionäre Linke

im Januar 2020

rosa-ms.org

rosa-ms@riseup.net



Weshalb ich zum Rebellischen Zusammentreffen reise...



Seit dem 1. Januar 1994 kämpfen die Zapatistas gegen das Vergessen und für ihre Würde in Chiapas. Wo sie anfangen ihre Autonomie aufzubauen, dorthin luden sie im Sommer 1996 die Widerständigen der Welt zu einem „Intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit“ ein. Auch aus Deutschland nahmen Leute an diesem Treffen teil. Einige gründeten später das Ya Basta-Netz mit der Frage: Wie können wir (nicht nur) mit den Zapatistas solidarisch sein und gleichzeitig hier, im „Herzen der Bestie“, unseren Beitrag zum Widerstand leisten? Seit zehn Jahren lädt dieses Netz der Widerständigen und der Hoffnung zu „Rebellischen Zusammentreffen“ an Orte ein, wo Menschen ihre Autonomie aufbauen.

Aus meiner Perspektive bietet „Das Rebellische“ eine willkommene Möglichkeit für uns ältere Semester, mal wieder zusammen zu kommen und die Schulbank zu drücken und (ganz im Sinne der Zapatistas) zu hören, was die Jüngeren aus unseren Bewegungen so umtreibt. Denn nach den großen Erzählungen (Kommunismus, Anarchismus, Feminismus, Frieden) entstehen immer wieder neue Erzählungen (Umwelt- bzw. Klimaschutz, Gender- und neue feministische Ansätze, Antirassismus, Antikolonialismus und Internationalismus, Alternative Ökonomie usw.). Hieraus ergeben sich zahlreiche interessante Workshops zu verschiedenen Themen, die abends in den Gesprächen beim Essen oder am Feuer noch nachwirken.

Letzten Sommer ging es also zur Kommune Waltershausen in den schönen Thüringer Wald. Das riesige Gelände wusste allein schon zu beeindrucken und ist mega geeignet für politisch-kulturelle Camps! Nach den schon tollen Erfahrungen im Wendland, auf der Burg Lutter und in Frankfurt ließ auch Waltershausen nichts zu wünschen übrig.

Ich finde es immer großartig, zum Rebellischen zu fahren und sinnvolle Aufgaben zu übernehmen und auch einen kleinen Teil der Infrastruktur beizusteuern. Dafür lebe ich doch in diesem Scheiß-Kapitalismus und verdiene Geld: um sinnvolle Dinge anzuschaffen und sie bei solchen Anlässen zur Verfügung stellen zu können. Und dafür lesen und studieren andere Compas und machen praktische Erfahrungen, um das Gelernte zu teilen. Aber ich bin ehrlich: ich genieße es auch, mal eine Auszeit aus eben diesem kapitalistischen, patriarchalen,

rassistischen etc. System mit all seinem Normierungs- und Leistungsdruck, mit seinem nervigen Effektivitäts- und Optimierungsdenken zu nehmen.

Mit den Rebellischen Treffen schaffen wir für (viel zu kurze) Zeit, aber immerhin für rund eine Woche eine „Temporäre Autonome Zone“, die basisdemokratisch organisiert entsteht – allein an den Bedürfnissen derer orientiert, die zusammen kommen und mitmachen. Damit gibt es viel Grundlegendes, Nützliches und kaum Überflüssiges (ein großer Unterschied zu dem da draußen!). Neben der ganzen Versorgung mit dem Notwendigsten entstehen Workshop-Inhalte, Radiosendungen, Videos, Grußbotschaften und meistens findet auch ein Aktionstag statt. Gemeinsam schaffen wir so Risse und Nischen in der herrschenden Welt, wir zerreißen die Zeit bzw. gestalten unsere eigene mit einer Uhr am Infopoint, die von Hand weitergestellt wird, wenn es soweit ist...

Wenn das Rebellische dann zu Ende ist, wird wieder abgebaut, sich an die vor allem schönen und wichtigen Momente erinnert. Den Begegnungen mit lieben Menschen, dem Austausch und den Gemeinsamkeiten trauere ich immer noch Wochen lang nach. Aber es ergeben sich auch Verbindungen, die bleiben oder sich erneuert haben. Besonders toll war es, dass – vielleicht aufgrund der Geographie des Treffens – viele Menschen aus dem Osten teilnahmen und sich neue Knotenpunkte in unserem Netz vorstellten. Bald wird es wieder ein Rebellisches geben.

Infos dazu werden auf www.rebellisches.org veröffentlicht.

Calcetines negros

"Wir als radikale linke / berlin haben ebenfalls am RebellischenZusammentreffen 2019 teilgenommen und in diesem Rahmen einen Workshop zu unserem "Konzept Kiezkommune" gehalten. Wie auf dem restlichen Camp auch haben wir die Atmosphäre als super angenehm empfunden und haben uns sehr über die Nachfragen, Anregungen und Diskussionen gefreut. Wir freuen uns auf die kommenden rebellischen Jahre!"

Eine kollektive Impression zum Treffen